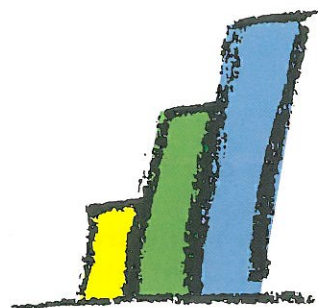


daten & fakten



Herzlichen Glückwunsch!



1'97

MAGAZIN DES LANDESAMTES FÜR
DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK BRANDENBURG

In der Tradition des 15. und im Trend des 20. Jahrhunderts

Die Tradition der Frankfurter Buchmesse läßt sich bis ins 15. Jahrhundert zurückverfolgen. Waren damals auf der Reichsmesse unter den Ausstellern auch Bilderdrucker und Schriftsteller, so geht heute der Trend von einer reinen Buchmesse in Richtung CD-ROM-Anbieter. 1996 präsentierten 9000 Aussteller auf 180 000 Quadratmetern ihre Angebote. Seit nunmehr drei Jahren gehört der Gemeinschaftsstand der Statistischen Landesämter zu den Ausstellern. Die Landesämter von Hessen, Nordrhein-



Herr Hahlen (Präsident des Statistischen Bundesamtes) am Gemeinschaftsstand der Statistischen Landesämter im Gespräch mit Frau Leutholf (Dezernentin für Öffentlichkeitsarbeit des LDS BB) über das Magazin „daten & fakten“.

Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg haben sich zusammengetan, um die vielfältigen Veröffentlichungen für das Publikum zu präsentieren und selbstverständlich wird auch hier der multimediale Trend erkennbar. So wird

beispielsweise das Diskettenangebot „Statistik regional“, das rund 950 Sachverhalte für alle Bundesländer bis zur Kreisebene beinhaltet, auch im Internet präsentiert. Im Internetangebot steht dieses Datenspektrum für die Länder und Regierungsbezirke.

Stichtag unbewohnt. Dieser Leerstand ist in großem Maße auf schwerwiegende Mängel am Bauzustand der Gebäude zurückzuführen.

230 Kinder fanden ein neues Zuhause

1995 wurden im Land 230 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (123 weiblichen und 107 männlichen Geschlechts) adoptiert. Gegenüber dem Jahr 1994 sind das 29 mehr, denen die Chance gegeben wurde, eine neue auf Dauer angelegte Familienbindung einzugehen. 60 Prozent dieser Kinder wurden von Stiefmüttern oder -vätern an Kindes Statt angenommen. In nur vier Fällen lag ein verwandtschaftliches Verhältnis vor. 84 der adoptierten Kinder und Jugendlichen waren unter 6 Jahre alt, darunter befand sich allerdings kein Säugling. 78 fielen in die Altersgruppe 6 bis unter 12 Jahre, und 68 waren 12 bis unter 18 Jahre alt. 20 Kinder besaßen keine deutsche Nationalität. Am Jahresende 1995 waren noch 52 Kinder und Jugendliche zur Adoption vorgemerkt. Demgegenüber standen 401 Eltern als Adoptionsbewerber.

Endgültige Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 liegen vor

Per Stichtag 30. September 1995 gab es im Land Brandenburg 487 502 Gebäude mit Wohnraum und bewohnte Unterkünfte mit insgesamt 1 099 500 Wohnungen.

Die durchschnittliche Wohnfläche liegt bei 72,3 m². Eine Wohnung hat im Durchschnitt 4,1 Räume. In den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder)

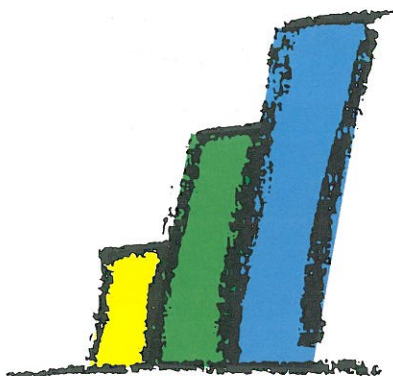
und Potsdam werden diese Durchschnittszahlen unterschritten, in den meisten Landkreisen liegen sie darüber.

Zwei Drittel des gesamten Wohnungsbestandes in Wohngebäuden (722 167 Wohnungen) sind mit Bad/Dusche und WC innerhalb der Wohnung sowie mit einer Sammelheizung (Fernheizung, Blockheizung, Zentralheizung, Etagenhei-

zung) ausgestattet. Gut ein Viertel aller Wohnungen werden mit Fernwärme versorgt.

Nur etwa 29 Prozent der Wohngebäude weisen keinerlei Schäden auf. Bei den anderen wurden geringe, mittelschwere und schwere Schäden bei der Zählung festgestellt.

5,7 Prozent des Wohnungsbestandes, das sind 62 501 Wohnungen, waren am



Impressum

Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dortustraße 46, 14467 Potsdam, Telefon: 0331/39405, Telefax: 0331/39418
T-Online: *47474#, E-Mail: 033139400-0001@-online.de
Internet: <http://www.brandenburg.de/lds/>

Schriftleitung: Antje Leutholf

Stellvertreterin: Ina Hergert

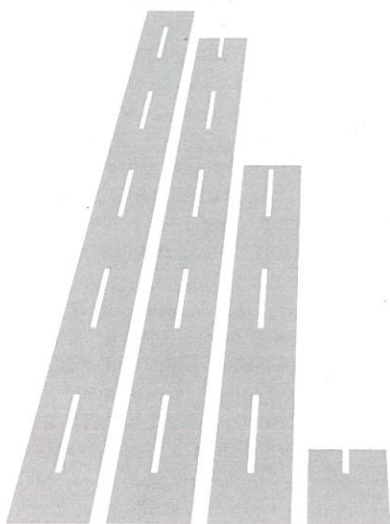
Redaktion: Jörg Glücks, Torsten Haseloff, Birgit Merten, Sabine Reichert, Regina Rothe, Doreen Scheeder, Wilfried Schenk, Renate Sonntag, Brigitte Thein, Andrea Urbanski

ISSN: 1430-2071

Bezugspreis: 5,00 DM

daten & fakten erscheint halbjährlich in der Vieth+Vieth Verlag GmbH
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet

daten & fakten



Kinderunfälle
im
Straßenverkehr **6**



Fachtagung:
Informations-
technik im Land
Brandenburg **10**

Kurzinformationen 2

Impressum 2

**Brandenburgisches Statistik-
gesetz verabschiedet** 4

Vorwort 5

**Niemand kennt die Dunkel-
ziffer: Kinderunfälle im
Straßenverkehr im Land
Brandenburg** 6

**Fachtagung zum Thema
Informationstechnik im
Land Brandenburg:
gestern – heute – morgen** 10

**Anzahl der Eheschließungen
stark zurückgegangen:
Verstummen bald die
Hochzeitsglocken?** 12

**Kommunikationsplattform
der Zukunft: Internet** 16

**Brandenburg im Kommuni-
kationsverbund für das Land:
Das Landesamt für Daten-
verarbeitung und Statistik
und sein Dienstleistungs-
angebot** 19

**Bearbeitung von Wohngeld-
anträgen nach dem Branden-
burger Wohngeldverfahren** 21

**Aktuelle Veröffentlichungen
des Landesamtes für Daten-
verarbeitung und Statistik
Brandenburg** 24



12 Verstummen
bald
die Hochzeits-
glocken?



16 Internet-
Kommunikation

MAGAZIN

DES LANDESAMTES
FÜR DATENVERARBEITUNG
UND STATISTIK
BRANDENBURG **1'97**

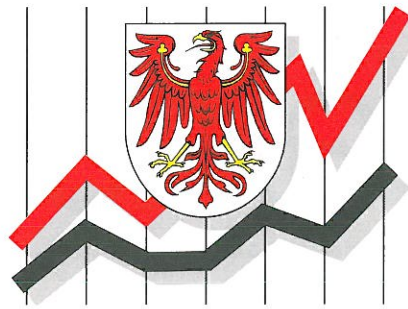
Der Landtag hat am 11. Oktober 1996 das Gesetz über die Statistik im Land Brandenburg, kurz: Brandenburgisches Statistikgesetz, verabschiedet. Damit ist eine Lücke im Bereich der amtlichen Statistik geschlossen. Denn dieses Fachgesetz präzisiert in den Teilen, die die amtliche Statistik betreffen, das brandenburgische Datenschutzgesetz.

Was regelt das Statistikgesetz?

Zunächst die Rahmenbedingungen für die Organisation und Arbeitsweise der amtlichen Statistik. Grundsätze werden genannt, Zuständigkeiten und Mitwirkungspflichten geregelt. Status und Aufgabenfelder des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) als zentraler Statistikstelle im Lande sind hier fixiert. Ein „Beirat für Statistik“ wird dem LDS als Beratungsorgan der Hauptnutzer der amtlichen Statistik zur Seite gestellt. Neue Statistiken werden durch das Gesetz nicht ins Leben gerufen. Es wird aber die Verfahrensweise bei der Durchführung von Landes-, Kommunal- und Geschäftsstatistiken, von Bundesstatistiken sowie von den umfangreicher werdenden Statistiken der Europäischen Union eindeutig festgelegt, soweit es um deren Durchführung im Land Brandenburg geht. Mittlerweile liegen in fast allen Bundesländern vergleichbare Gesetze vor, so daß hier eine weitgehende Harmonisierung erreicht ist und die Beschaffung amtlicher Informationen für Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit eine fundierte Rechtsgrundlage erhalten hat.

Warum ein Statistikgesetz?

Die Notwendigkeit einer solchen Regelung resultiert aus dem sogenannten Volkszählungsurteil von 1983. Dort hat das Bundesverfassungsgericht maßgebliche Anforderungen an die amtliche Statistik gestellt. Es hat einerseits mit dem „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ die Position des Bürgers gegenüber dem Staat gestärkt. Andererseits hat es aber auch die Notwendigkeit einer funktionierenden Statistik für die Gesellschaft betont – vor allem für den Sozialstaat, der den Bürgern gegenüber vielerlei Leistungen zu erbringen hat. In Abwägung dieses Interessengegensatzes sagt das Gericht: Wenn



Brandenburgisches Statistikgesetz verabschiedet

das informationelle Selbstbestimmungsrecht zugunsten des gesellschaftlichen Informationsbedarfs – in Form der Auskunftspflicht – eingeschränkt werden muß, dann bedarf es dafür einer normenklaren gesetzlichen Regelung. Die amtliche Statistik darf also vom Bürger (z.B. bei der Volkszählung), von Unternehmen (z.B. bei der Handwerkszählung) oder von Verwaltungsbehörden (z.B. bei der Personalstandstatistik) auch zwangsweise Auskünfte einholen, aber nur unter bestimmten Bedingungen. So muß die jeweilige Statistik per Einzelgesetz zugelassen sein, und es müssen bei der Durchführung die Vorgaben zur statistischen Geheimhaltung strikt eingehalten werden. Dabei ist es wichtig zu wissen, daß die statistische Geheimhaltung weiter geht als der personenbezogene Datenschutz, weil er neben den natürlichen auch die juristischen Personen umfaßt.

Oberster Grundsatz der amtlichen Statistik und Gegenstand dieses Gesetzes ist daher die strikte Trennung von Statistik und Verwaltung. Dies ist auch als Abschottungsgebot bekannt geworden. Das bedeutet, daß der Bereich, in dem statistische Einzeldaten verarbeitet werden, vom sonstigen Verwaltungsvollzug durch geeignete Maßnahmen getrennt werden muß. Nur so kann der Bürger sicher sein, daß die Angaben, die er z.B. für die Gebäude- und Wohnungszählung '95 beim LDS machen mußte, nicht in der Finanzverwaltung wieder auftauchen und gegen ihn verwendet werden. Dieses Abschottungsgebot gilt nicht nur für das LDS, sondern für jede Stelle, die statistische Einzeldaten verarbeiten will oder muß. So ist auch die Einrichtung von Statistikstellen in den

Kreisen oder kreisfreien Städten nur unter diesen Bedingungen zulässig. Andererseits wird gewährleistet, daß die mit viel Aufwand bei Bürgern, Unternehmen oder Behörden gewonnenen oder in der Verwaltung bereits vorhandenen statistischen Daten auch möglichst vielfältig weiterverwendet werden können – und zwar ohne die statistische Geheimhaltung zu gefährden. So sind klare Übermittlungsregelungen getroffen worden. Die Übermittlung von Einzelangaben für ausschließlich statistische Zwecke ist demnach erlaubt – wie schon erwähnt – für „abgeschottete“ kommunale Statistikstellen. Nicht zur Regelung von Einzelfällen, wohl aber zu Planungszwecken dürfen auch an oberste Bundes- und Landesbehörden sowie für Forschungszwecke an unabhängige wissenschaftliche Einrichtungen statistische Einzeldaten weitergegeben werden. Dabei gibt es strikte Vorgaben für die Empfänger, für die Dokumentation und Nutzung. Kurz: die Anforderungen zum Schutz der Einzeldaten sind sehr hoch gesteckt.

Besondere Beachtung verdient schließlich auch die nunmehr gesetzlich verankerte Einrichtung eines umfassenden „Statistischen Informationssystems“. An zentraler Stelle werden damit zukünftig alle vorhandenen veröffentlichungsfähigen Informationen der amtlichen Statistik – oder zumindest Verweise darauf – bereitgehalten. Das geschieht nicht nur aus Kundenfreundlichkeit, sondern auch aus Gründen größerer Transparenz. So können unnötige Datenhaltung und Doppelerhebungen im Lande vermieden werden. Bleibt noch etwas Grundsätzliches anzumerken: Die Basisdaten der amtlichen Statistik sind ein öffentliches Gut. Und so soll hier noch mal in Erinnerung gerufen werden, was die Karlsruher Verfassungsrichter im Volkszählungsurteil etwas emphatisch ausgedrückt haben: Eine demokratisch verfaßte moderne Informationsgesellschaft mit sozialstaatlichem Anspruch wird ohne die Institution der amtlichen Statistik und ohne die von ihr bereitgestellte informationelle Infrastruktur keine Chance haben.

Das vom Ministerium des Innern vorgelegte und vom Landtag nun verabschiedete Gesetz schafft eine – hoffentlich zukunftssträchtige – Rechtsgrundlage dafür.

*Dr. Günter Berg
Ministerium des Innern*



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir möchten uns bei Ihnen ganz herzlich für die Resonanz auf unsere Erstausgabe von **daten & fakten** bedanken. Die Vielzahl der wohlwollenden Hinweise zeigt uns, daß wir auf dem richtigen Weg

sind. Es wurde von Ihnen Interesse signalisiert, auch eigene Artikel zu veröffentlichen. Selbstverständlich werden wir unser Magazin dafür öffnen und beginnen damit in der heutigen Ausgabe. Auch für Diskussionsbeiträge zu veröffentlichten Artikeln sind wir offen. Die Mitglieder des Redaktionsstabes sind Ihre Ansprechpartner.

Der Kontakt mit Ihnen ist uns wichtig. Wir wollen die Themen aufgreifen, die Sie interessieren. Das Titelbild der vorliegenden Ausgabe ist ein Beispiel für dieses Miteinander. Die im November über E-Mail erreichbaren 2000 Landesbediensteten des Kommunikationsverbundes wurden vom Redaktionsstab gebeten, „ihr“ Hochzeitsfoto für die Titelseitengestaltung bereitzustellen. Die Reaktionen waren unterschiedlich. Von vielen wurde die E-Mail zwar gelesen, aber nicht beantwortet. Am häufigsten meldeten sich Singles und bedauerten, daß sie noch kein Bild beisteuern können. Frauen und Männer, deren Ehen gescheitert sind, wollten aus verständlichen Gründen ihr Hochzeitsbild nicht veröffentlichen lassen. Das eigene Hochzeitsbild wird so schnell nicht aus der Hand gegeben. Am häufigsten wurden uns wunderschöne Aufnahmen der Groß- oder Urgroßeltern angeboten. Das Ergebnis dieser Zusammenstellung können Sie nun auf der Titelseite betrachten. Gefällt es Ihnen?

Unser Dank gilt allen, die bereit waren, uns ihr Bild zu überlassen, und ganz besonders denen, die es getan haben.

Zwischen der ersten und zweiten Ausgabe liegt ein halbes Jahr, in dem wir versuchten, das Magazin so bekannt wie möglich zu machen. **daten & fakten** wurden nicht nur auf postalischem Weg verteilt. Probeexemplare wurden auf dem Brandenburg-Tag in Prenzlau ausgegeben. Die Besucher dieses Festes fanden zwar vor Ort nicht die Ruhe zum Lesen, nahmen das Magazin aber mit nach Hause.

Beim zweitägigen Workshop „Internet“ der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Datenzentralen aus allen Bundesländern fand die Zeitschrift Anerkennung: Eine Publikation, die nicht nur bei Behördenleitern, sondern auch bei den anwesenden Geschäftsführern auf Interesse stieß, und wegen der neuen Herangehensweise gelobt wurde.

Eine weitere Möglichkeit wurde mit der CeBIT HOME genutzt. Diese Messe fand erstmalig statt. Das LDS BB war an einem Gemeinschaftsstand der Statistik von Bund und Ländern vertreten. Insgesamt betrachtet war die Resonanz erfreulich. Hier hatte man auch die Chance, die ersten Eindrücke direkt am Stand zu erhalten. Auf der Frankfurter Buchmesse reagierten die Besucher ähnlich.

Arend Steenken

Arend Steenken

Direktor des Landesamtes für
Datenverarbeitung und Statistik
Brandenburg und Landeswahlleiter
des Landes Brandenburg

Niemand kennt die Dunkelziffer:

Kinderunfälle im Straßenverkehr im Land Brandenburg

Grundlage für die Straßenverkehrsunfallstatistik sind die Daten der polizeilichen Verkehrsunfallanzeige. Es werden daher in der Straßenverkehrsunfallstatistik nur die Unfälle nachgewiesen, zu denen die Polizei hinzugezogen wurde. Bei Kinderunfällen ist davon auszugehen, daß eine beträchtliche Dunkelziffer insbesondere bei Unfällen von Kindern als Fahrradfahrer besteht, wenn kein weiterer Verkehrsteilnehmer an dem Unfall beteiligt ist (Alleinunfall) bzw. auch bei Unfällen mit anderen Fahrradfahrern oder Fußgängern. Damit wird das Ausmaß der Gefährdung der Kinder im Straßenverkehr in den Ergebnissen der Straßenverkehrsunfallstatistik nicht voll sichtbar.

Die Verkehrssicherheit ist nach wie vor ein vorrangiges Problem im Land Brandenburg.

Bereits 1992 wurde im Land Brandenburg ein Verkehrssicherheitsprogramm zum Schutz der Gesundheit und der Unversehrtheit der Bürger sowie zur Verhinderung materieller Schäden verabschiedet. Neben den Maßnahmen im Bereich der Verkehrsplanung muß vor allem das Bewußtsein der Brandenburger für mehr Verkehrssicherheit stärker ausgeprägt werden. Die Verantwortung für mehr Sicherheit auf Brandenburgs Straßen liegt letztlich bei jedem Bürger unseres Landes.

Schwerpunkt im Verkehrssicherheitsprogramm sind u.a. auch vielseitige Maßnahmen zur Sicherheit der Kinder als besonders schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer, so z.B. zur Schul- und Spielwegsicherung sowie zur Verkehrserziehung und Aufklärungsarbeit.

Die Verkehrserziehung ist differenziert nach dem Alter und dem Erfahrungsbereich der Kinder in den allgemeinen Schulunterricht aufgenommen

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder unter 15 Jahren

	1994	1995	Veränderung 1995 gegenüber 1994 in %
Verunglückte	2290	2572	+ 12,3
Getötete	29	27	- 6,9
Verletzte	2261	2545	+ 12,6
Schwerverletzte	873	906	+ 3,8
Leichtverletzte	1388	1639	+ 18,1

men worden. Auch das Thema „Fahrrad“ ist Unterrichtsgegenstand. So beschäftigen sich die Schüler mit dem sicheren Radfahren, der ordnungsgemäßen Ausstattung des Fahrrads, mit der eigenen Verantwortung für ein sicheres Verkehrsmittel sowie mit den Gefahren des Verkehrsgeschehens. In der vierten Klasse wird die Radfahrprüfung vorbereitet und gemeinsam mit der Polizei durchgeführt. Den Schülern werden spezifische Radfahrregeln sowie die Grundregeln der Straßenverkehrsordnung vermittelt.

insgesamt im Jahr 1991 noch fast 50 Prozent, waren es 1995 nur noch 36 Prozent. An den Unfallfolgen verstarben 27 Kinder. Das waren 2 Kinder weniger als 1994. Seit Einführung der Bundesstatistik im Jahr 1991 ist dies das bisher günstigste Ergebnis.

Verunglückte Kinder 1995

Im Jahr 1995 verunglückten 2572 Kinder im Alter von unter 15 Jahren bei Straßenverkehrsunfällen, das waren 282 (+12,3 Prozent) mehr als im Vorjahr.

Damit war in Brandenburg, entgegen der sinkenden Tendenz in der Mehrzahl der anderen Bundesländer, die höchste Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Im Durchschnitt kamen in Brandenburg 1995 täglich 7 Kinder bei Straßenverkehrsunfällen zu Schaden.

Von den insgesamt 2545 Verletzten wurden 906 schwer- und 1639 leichtverletzt. Der Anteil der schwerverletzten Kinder hat sich in den vergangenen Jahren rückläufig entwickelt. Betrug er an den verletzten Kindern

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder

**Im Straßenverkehr verunglückte Kinder
je 100 000 Einwohner der Altersgruppe
unter 15 Jahren¹⁾**

	1993	1994	1995
Deutschland	386	388	387
davon			
früheres Bundesgebiet	380	374	368
neue Länder	405	438	462
darunter			
Brandenburg	479	486	572
Sachsen-Anhalt	428	476	503
Mecklenburg-Vorpommern	435	467	470
Sachsen	347	395	410
Thüringen	364	397	399

¹⁾ Einwohner Stand 31.12. des jeweiligen Vorjahres

Insassen von PKW
39,1%

Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern
35,5%

Fußgänger
22,0%

Übrige
3,4%

te Kinder 1995 nach Art der Verkehrsbeteiligung

Mehr als zwei Drittel der Kinder verunglückten innerhalb von Ortschaften.

Jungen sind im Straßenverkehr stärker gefährdet als Mädchen. Im Jahr 1995 waren 55,4 Prozent der verunglückten Kinder Jungen. Bei den im Straßenverkehr getöteten Kindern lag der Anteil der Jungen bei fast 60 Prozent.

Differenziertes Unfallrisiko

Bei Betrachtung der Verunglückten je 100 000 Einwohner der Altersgruppe unter 15 Jahren lag Brandenburg weiterhin deutlich über den Ergebnissen der anderen Länder. Generell sind in den neuen Bundesländern (einschl. Berlin-Ost) mit 462 wesentlich mehr Kinder verunglückt als im früheren Bundesgebiet mit 368.

Im Vergleich zu den Altersgruppen über 15 Jahren sind die Kinder weniger gefährdet. So verunglückten in den Altersgruppen ab 15 Jahren im Durchschnitt der letzten 5 Jahre in Brandenburg jährlich 870 Personen je 100 000 Einwohner im Straßenverkehr, darunter 39 tödlich. Von je 100 000 Kindern verunglückten dagegen nur 483, darunter 7 tödlich.

Verunglückte nach Verwaltungsbezirken

Die Unfallhäufigkeit bei Kindern war 1995 in den Verwaltungsbezirken sehr differenziert.

Am stärksten gefährdet waren die Kinder mit 789 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Altersgruppe im Barnim, gefolgt von Märkisch-Oderland mit 728 und Spree-Neiße mit 723. Am günstigsten lagen die Werte mit 372 Verunglückten je 100 000 Einwohner dieser Alters-

gruppe in der Prignitz. Dieser Stand entsprach in etwa dem Durchschnitt Deutschlands 1995.

Verunglückte nach Monaten, Wochentagen und Tageszeiten

Mit Beginn der wärmeren Jahreszeit steigen auch die Kinderunfälle.

Allein in den Monaten Mai bis August 1995 ereigneten sich fast die Hälfte der Unfälle mit verunglückten Kindern. Die höchste Monatszahl bei verunglückten Kindern wurde mit einem Anteil von fast 12 Prozent im Juni 1995 erreicht, bei den verunglückten Fahrern und Mitfahrern von Fahrrädern lag der Anteil zum Jahr im Monat August mit 15 Prozent am höchsten.

Die Unfallhäufigkeit ist an Freitagen und Sonnabenden besonders hoch; über ein Drittel verunglückten 1995 an diesen Tagen.

Die gefährlichste Tageszeit für Verkehrsteilnehmer unter 15 Jahren lag 1995 in Brandenburg zwischen 16.00 und 17.00 Uhr. In den Nachmittagsstunden von 13.00 bis 18.00 Uhr er-

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder 1995 nach Art der Verkehrsbeteiligung

	Insgesamt unter 15 Jahren	davon		
		unter 6 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	10 bis unter 15 Jahren
Verunglückte darunter	2 572	455	859	1 258
Fußgänger	566	108	252	206
Radfahrer (einschl. Mitfahrer)	913	43	250	620
Insassen von PKW	1 005	291	345	369

eigneten sich über die Hälfte der Unfälle mit verunglückten Kindern.

Verunglückte Kinder nach Art der Verkehrsbeteiligung und Altersgruppen

Die meisten Kinder verunglückten 1995 als PKW-Insassen (39,1 Prozent).

Als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern verunglückten 35,5 Prozent und als Fußgänger 22,0 Prozent.

Aufgrund der differenzierten Art der Verkehrsbeteiligung nach Altersgruppen zeigt sich auch bei den

Verunglückten ein unterschiedliches Bild.

Während fast zwei Drittel der unter 6-jährigen als PKW-Insassen verunglückten, war die Hälfte der Kinder im Alter von 10 bis unter 15 Jahren als Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern an Unfällen mit Personenschäden beteiligt.

Mit steigendem Alter nimmt das Unfallrisiko zu; fast die Hälfte der verunglückten Kinder sind über 10 Jahre alt.

Unfallursachen der Fahrradfahrer und Fußgänger

Die häufigsten Unfallursachen, die die Polizei bei Unfällen mit Personenschaden von beteiligten 6- bis unter 15-jährigen Radfahrern feststellte, waren Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr (26 Prozent), Nichtbeachten der Vorfahrt (21 Prozent), falsche Straßenbenutzung (15 Prozent) sowie Fehler beim Abbiegen (11 Prozent).

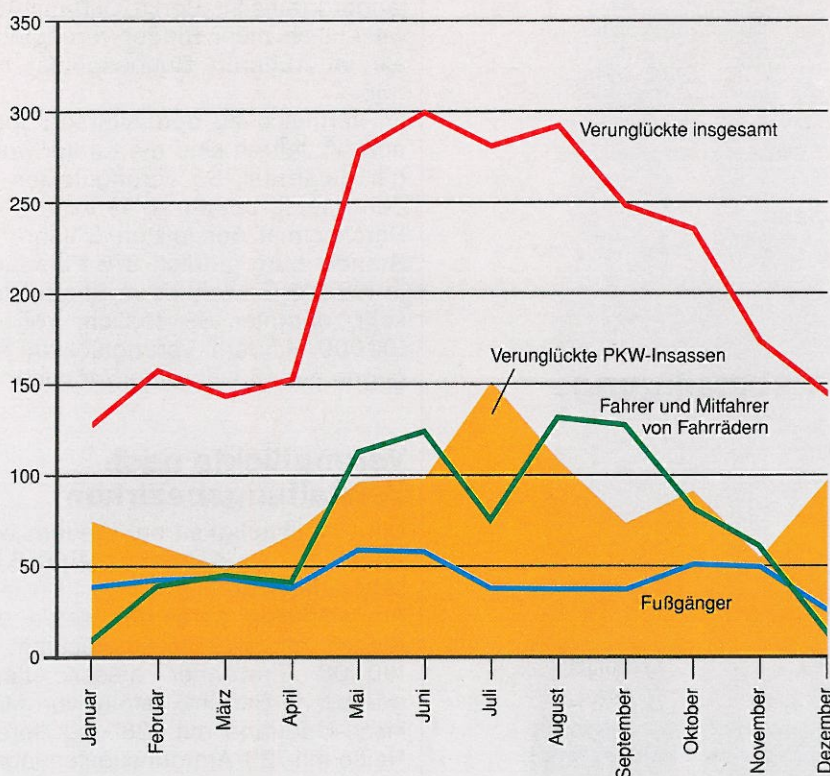
Bei den beteiligten 6- bis 15-jährigen Fußgängern steht bei den Unfallursachen das falsche Verhalten beim Überschreiten der Fahrbahn an erster Stelle, z.B. plötzliches Hervortreten hinter Sichthindernissen oder Betreten der Fahrbahn ohne auf den Fahrzeugverkehr zu achten.

Spielen auf bzw. neben der Fahrbahn war nur zu 3,5 Prozent Unfallursache der verunglückten Kinder.

Einhaltung der Sicherungspflicht bei der Mitnahme von Kindern

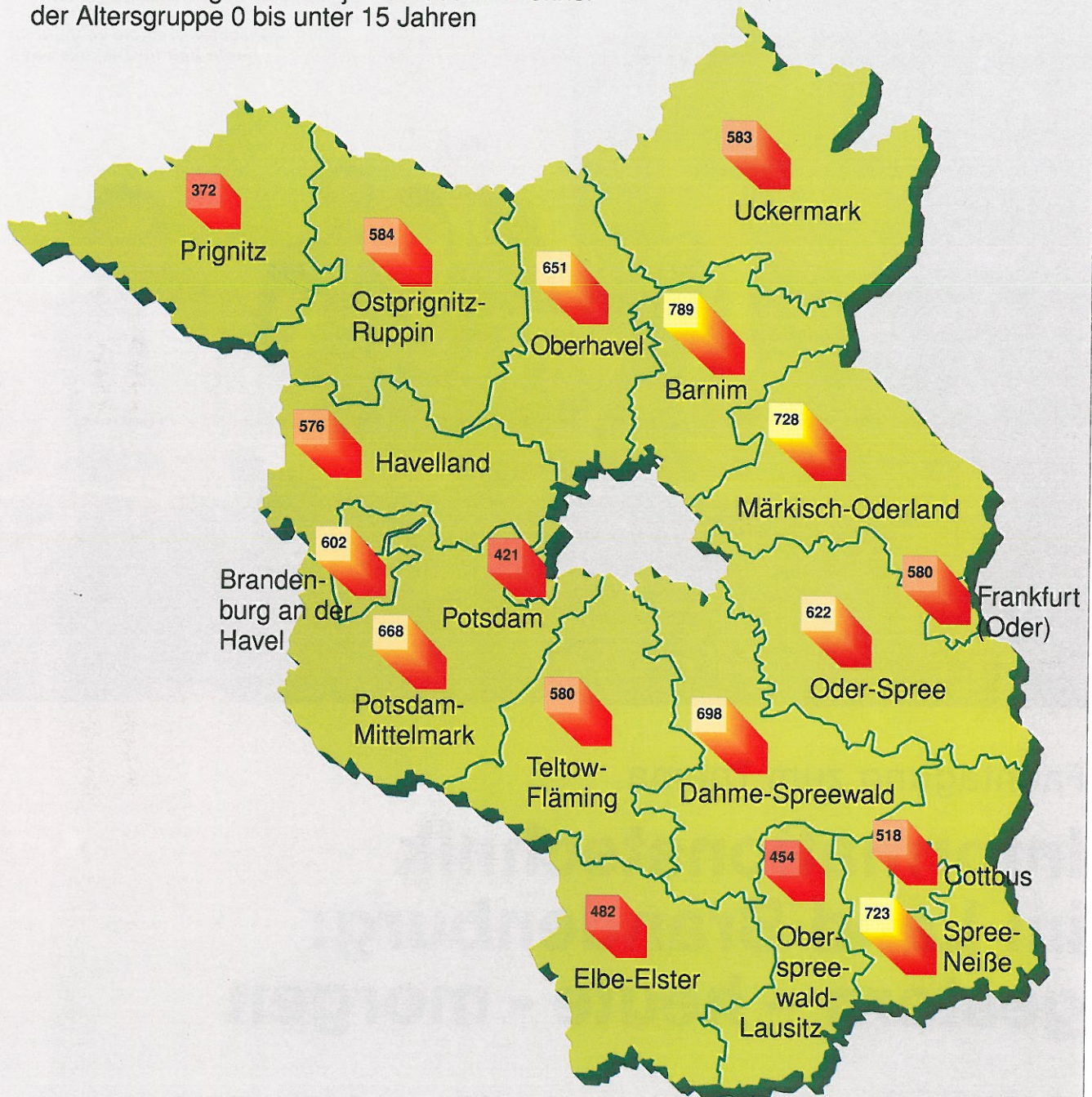
Ab April 1993 trat die gesetzliche Regelung zur generellen Sicherungspflicht durch Rückhalteeinrichtungen für alle mitfahrenden Kinder im Alter bis zu 12 Jahren in Kraft.

Im Straßenverkehr verunglückte Kinder 1995 nach Monaten und der Art der Verkehrsbeteiligung



Im Land Brandenburg im Straßenverkehr verunglückte Kinder 1995

nach Verwaltungsbezirken je 100 000 Einwohner
der Altersgruppe 0 bis unter 15 Jahren



Durch das LDS Brandenburg wird seit April 1993 monatlich eine Sondererhebung zum Vorhandensein und zur Nutzung von Rückhalteeinrichtungen bei Unfällen mit verletzten bzw. getöteten Kindern durchge-

führt. Waren 1993 nur bei ca. 80 Prozent der Unfälle mit verunglückten Kindern die gesetzlich vorgeschriebenen Rückhalteeinrichtungen vorhanden, wurden im Juni 1996 schon 90 Prozent nachgewiesen. Genutzt

wurden die vorhandenen Einrichtungen 1993 bei fast 90 Prozent der Unfälle mit verunglückten Kindern und im 1. Halbjahr 1996 bei 95 Prozent.

Erika Welzel

Innenminister Alwin Ziel geht noch einmal seine Eröffnungsrede durch. Es folgte eine Reihe von Referaten, die durchaus kontroverse Meinungen zum Thema Informationstechnik aufzeigten. Für weitere Veranstaltungen dieser Art wünschten sich die Teilnehmer mehr Zeit für Diskussionen.



Fachtagung zum Thema

Informationstechnik im Land Brandenburg: gestern – heute - morgen

Die bedeutende Entwicklung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnik in den vergangenen fünf Jahren im Land Brandenburg zur Bewältigung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes gab Anlaß, einen umfassenden Blick auf die Ausgangssituation, das Erreichte und das Zukünftige zu werfen. Der Direktor des LDS BB organisierte

eine Fachtagung zu diesem Thema am 25. Oktober 1996, die im Schulungszentrum des LDS BB für IT-Aus- und Fortbildung in Teltow stattfand, nicht zuletzt, um auch die notwendige Zusammenarbeit der Verantwortlichen im Land Brandenburg auf diesem Gebiet zu fördern und den Beteiligten neue Erkenntnisse für die weitere gemeinsame Arbeit zu vermitteln.

Besonders erfreulich war die große positive Resonanz auf diese Einladung. Neben dem Minister des Innern des Landes Brandenburg – Herrn Alwin Ziel, dem Landesbeauftragten für Datenschutz – Herrn Dr. Dietmar Bleyl, Herrn Dr. Dropmann vom LDS in Nordrhein-Westfalen, Herrn Dr. Hinrich Enderlein von der Semicon GmbH und Herrn Wolfram Ebeling von der TUIV-AG Branden-

burg nahmen über 50 Repräsentanten der obersten und oberen Landesbehörden sowie weitere Firmen-Vertreter daran teil.

Der Innenminister des Landes Brandenburg sprach die einleitenden Worte zum Tagungsthema.

Er wies darauf hin, daß der schnelle Verwaltungsaufbau im Lande nicht ohne den breiten Einsatz von leistungsfähigen Informations- und Kommunikationssystemen möglich gewesen wäre und der Personalcomputer seinen Siegeszug quer durch die Verwaltung antrat.

Heute sind bereits 90 Prozent der Arbeitsplätze der obersten Landesbehörden im Land mit moderner Informationstechnik ausgestattet.

Der sich daraus in den letzten Jahren ergebende große Fortbildungsbedarf der Landesbediensteten auf dem Gebiet der Informationstechnik (IT) konnte in wesentlichen Teilen mit einem von Jahr zu Jahr erweiterten Lehrgangsangebot durch das Schulungszentrum des LDS BB abgesichert werden. Gab es 1991 lediglich 30 Lehrgänge mit 450 Teilnehmern, sind im Jahr 1996 bereits 650 Lehrgänge mit 4.500 Teilnehmern zu verzeichnen.

Natürlich ist auch die öffentliche Verwaltung auf

Grund der sich zuspitzenden Haushaltslage einem großen Rationalisierungsdruck ausgesetzt. Das LDS BB hat deshalb zukünftig verstärkt die Aufgabe, den Einsatz moderner Technologien und Technik Hand in Hand mit der Modernisierung der Verwaltung in Einklang zu bringen und richtungsweisend zu gestalten.

Daß der Einsatz von Informationstechnik nicht allein als „Allheilmittel“ bei der Modernisierung der Verwaltung angesehen werden kann, brachte Herr Prof. Dr. Bonin von der Fachhochschule für Betriebswirt-

schaft in Lüneburg in seinem Vortrag „Verwaltungsmodernisierung und IT-Einsatz“ zum Ausdruck.

Er unterstrich dabei, daß eine realistische Einschätzung der modernen Informationstechnik vorzunehmen ist, um weder einer Technikeuphorie zu huldigen noch in eine Technikskepsis zu verfallen. Er konfrontierte den Zuhörerkreis mit einigen „Querdenker“-Aussagen und -Fragen. Einige davon seien hier genannt:

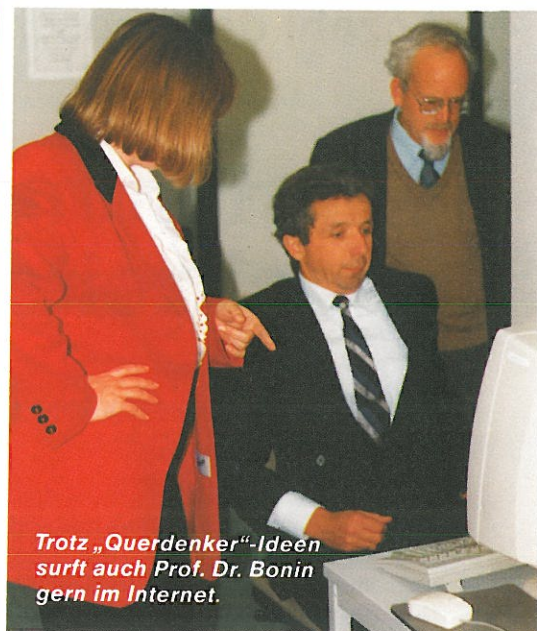
- **Strikt geregelte Geschäftsprozesse im elektronischen Gewand – Nein Danke!**
- **Wachsende Regelungsdichte weil elektronisch abbildbar – Nein Danke!**



Innenminister Ziel begrüßt Mitarbeiterinnen des LDS.

- **Weniger Gerechtigkeit mit komplexen Softwarepaketen? – z.B. Für den Empfänger unverständliche von Ausnahmeregelungen überhäufte Bescheide?**
- **Masseneinsatz von vernetzten Bildschirmen – Zeit zum Umdenken?**
- **E-Mail: Pseudobeteiligung statt mehr Mitwirkung?**

Das waren Worte zum Nachdenken! Die weiteren Vorträge der Fachtagung waren dem Thema „Verwaltungsmodernisierung im Land Brandenburg“ gewidmet.



Trotz „Querdenker“-Ideen surft auch Prof. Dr. Bonin gern im Internet.

Unter anderem sprach Herr Dr. Böckmann vom LDS BB über den Einsatz modernster Telekommunikationstechnik beim Aufbau des Landesverwaltungsnetzes. Dieses universelle einheitliche Netz, zu dem auch alle Kommunalverwaltungen des Landes Zugang erhalten, wird wesentlich dazu beitragen, den Datentransfer, die Telefongespräche, Videokonferenzen und vieles mehr im Interesse der Bürger durchführen zu können.

Auf ein Beispiel der Verwaltungsmodernisierung im Bereich der Erhebung und Verarbeitung von Statistikdaten bezog sich Frau Seyer, Dezerentin im LDS BB, in ihrem Vortrag.

Sie stellte besonders die enge Zusammenarbeit von Datenverarbeitung und Statistik heraus, durch die es möglich wurde, das Erhebungsverfahren für die Kassenstatistik zu rationalisieren. Die Rationalisierungseffekte machen sich im besonderen durch Senkung der Kosten aufgrund des Wegfalls von Datenerfassungsleistungen bemerkbar.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß alle Referenten dem Einsatz von moderner Informations- und Kommunikationstechnik im Land Brandenburg wesentliche Bedeutung beimessen. Das Land Brandenburg kann auf das Erreichte stolz sein! Und trotzdem müssen wir derartige Fachtagungen nutzen, um auf eine gewisse Art von „Betriebsblindheit“ aufmerksam zu werden. Aus diesem Grunde würde ich es begrüßen, wenn die Durchführung einer jährlichen IT-Fachtagung zur Tradition in unserem Hause wird.

Sabine Reichert

Anzahl der Eheschließungen stark zurückgegangen

Verstummen bald die „Hochzeitsglocken“?

Nach der Wende gab es im Land Brandenburg bei den Eheschließungen einen drastischen Rückgang. Gaben sich in den Jahren vor 1990 im Durchschnitt jährlich etwa 22 000 Paare das Ja-Wort, so waren es seit 1991 weit weniger als die Hälfte. In den Jahren 1992 und 1993 sank die Zahl der Hochzeiten auf einen Tiefpunkt. Ab 1994 gingen wieder mehr Hochzeitspaare den Weg zum Standesamt.

Wird die Anzahl der Eheschließungen von den Jahren 1991 bis 1995 in die Form einer Hochzeitstorte gebracht, entstehen bei deren Teilung fünf fast gleich große Stücke.

Die Eheschließungen werden auf Grund der oftmals unterschiedlichen Wohnsitze der künftigen Eheleute nur nach dem Ort der Eheschließung, also nach dem Sitz des Standesamtes erfaßt.

In der Zahl der Eheschließungen sind demnach nur die vor einem Standesamt im Land Brandenburg geschlossenen Ehen enthalten, unabhängig davon, in welchem Bundesland die Heiratenden ihre Hauptwohnung haben.

Brandenburger, die in anderen Bundesländern heiraten, sind in dieser Zahl demzufolge nicht enthalten.

Etwa jedes 10. Brautpaar war aus einem anderen Bundesland. Die meisten Paare kamen aus Berlin (rund 300), etwa 70 Paare aus Nordrhein-Westfalen und 60 Paare aus Niedersachsen. Hierbei sind vermutlich Paare, die ursprünglich in Brandenburg lebten bzw. arbeitsbedingt ihren Hauptwohnsitz im anderen Bundesland annahmen.

Der beliebteste Heiratsmonat war natürlich der Mai, gefolgt von den Monaten Juni und August.

In anderen Bundesländern gaben sich 1445 Brandenburger das Ja-

Wort, darunter ein Drittel in Berlin. Die Mehrzahl der Brandenburger, die in Berlin heirateten, kamen aus den Landkreisen Märkisch-Oderland, Barnim, Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming.

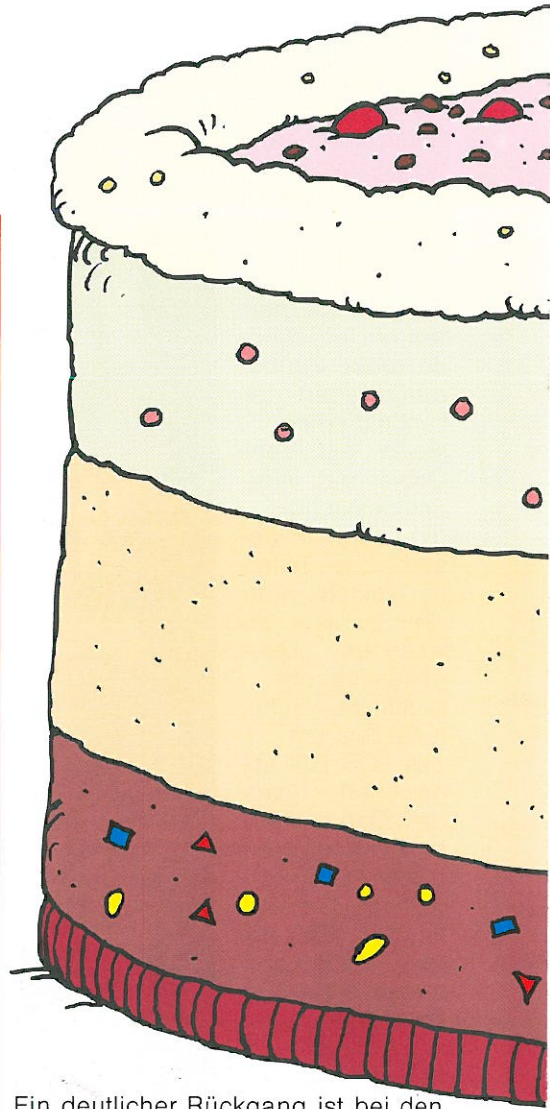
Jeweils rund 160 Eheschließende aus Brandenburg ließen sich in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt trauen.

Eine interessante und unter anderem für die Familienpolitik bedeutsame Betrachtungsweise sind bei den Eheschließungen das Heiratsalter und der Altersunterschied der Heiratenden.

In welchem Alter wird geheiratet?

1995 war im Land Brandenburg das durchschnittliche Heiratsalter der Frauen 31,0 Jahre und das der Männer 33,9 Jahre. Erstmals heiratende Frauen waren im Durchschnitt um 4,4 Jahre und Männer um 5,1 Jahre jünger.

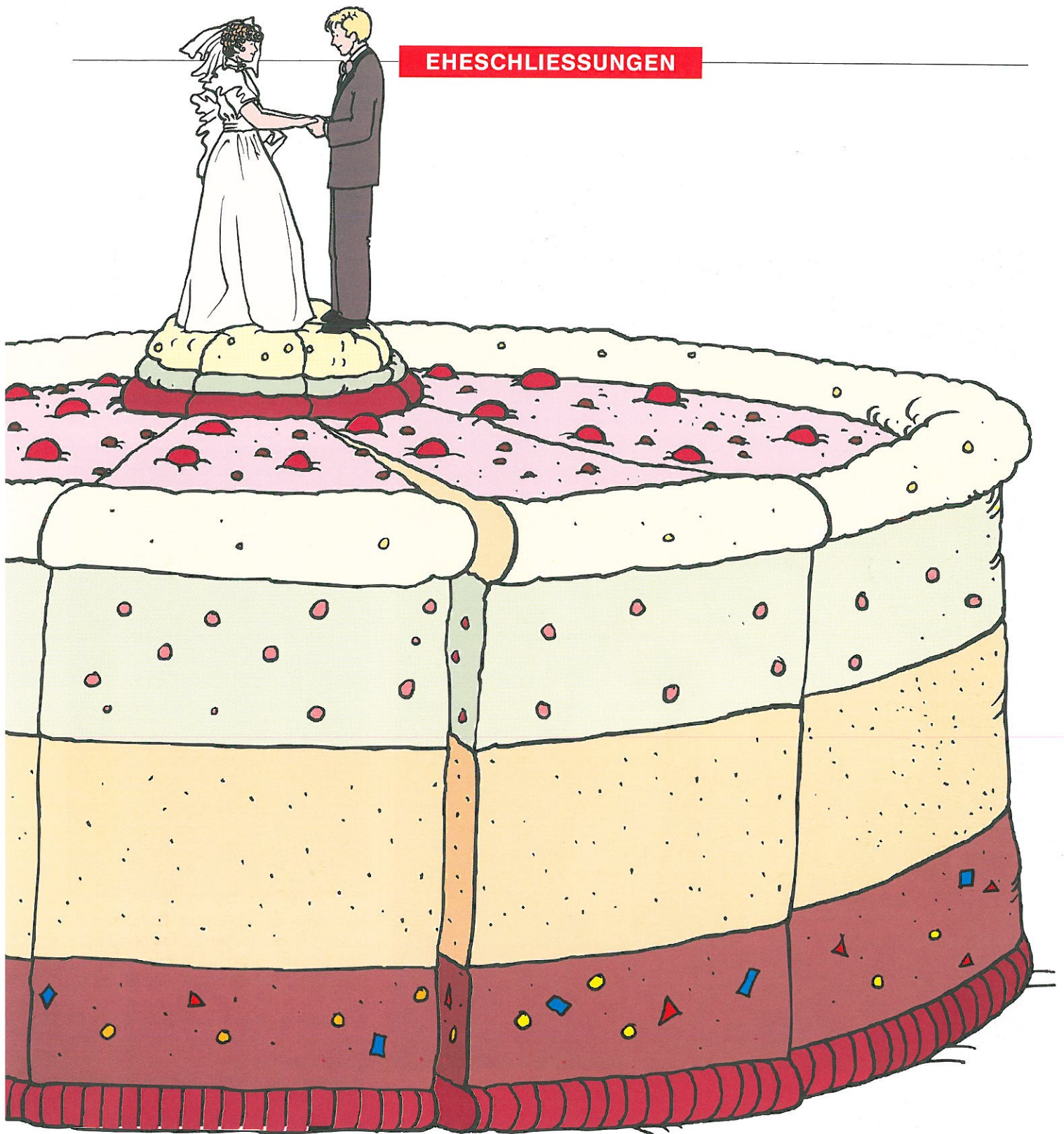
Betrachtet man die Entwicklung des Heiratsalters der letzten Jahre, so bestätigt sich der bereits 1990 prognostizierte Trend: Das Heiratsverhalten in Brandenburg gleicht sich dem in den alten Bundesländern an, das Alter der Heiratenden erhöht sich. Die meisten ledigen Männer heiraten nach wie vor mit 24 Jahren; bei den Frauen die 23-jährigen (1989 waren es die 21-jährigen).



Ein deutlicher Rückgang ist bei den sogenannten Junghehen zu verzeichnen. Gingen im Jahr 1988 noch 88 Männer und 695 Frauen bereits mit 18 Jahren die Ehe ein, waren es im Jahr 1995 nur 15 Männer und 89 Frauen.

Durchschnittliches Heiratsalter	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾	1995
Männer insgesamt	29,2 Jahre	29,7 Jahre	33,9 Jahre
Frauen insgesamt	26,5 Jahre	27,0 Jahre	31,0 Jahre
darunter:			
ledige Männer	25,6 Jahre	25,8 Jahre	28,8 Jahre
ledige Frauen	23,4 Jahre	23,7 Jahre	26,6 Jahre

¹⁾ Summe der ehemaligen Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus



Eine wesentliche Ursache ist sicherlich die veränderte Vorstellung vieler junger Menschen zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung. Die bis 1989 in der DDR geltenden Regelungen zur Förderung junger Ehen haben in nicht unerheblichem Maße dazu geführt, daß frühzeitig geheiratet wurde (z.B. zinsloser Ehekredit für Ersten; die Möglichkeiten, eigenen Wohnraum zu erhalten, war bei Verheirateten eher gegeben als bei Alleinstehenden.) Zwei Drittel der eheschließenden Männer und Frauen heirateten das

erste Mal; dabei waren sie in der Mehrzahl zwischen 25 und 34 Jahre alt. Bei den erstmals heiratenden Frauen konzentrierte sich außerdem fast der gleiche Anteil auf die 18- bis 24-jährigen. Vor der Wiederheirat waren 3% der Männer bzw. 2% der Frauen verwitwet.

Von den geschiedenen Personen waren die meisten Männer bei der Wiederheirat zwischen 35 und 44 Jahre alt, die Frauen zum größten Teil zwischen 29 und 38 Jahre alt.

Das Durchschnittsalter der vor der Wiederheirat

- geschiedenen Männer war 43,5 Jahre,
- geschiedenen Frauen war 40,4 Jahre,
- verwitweten Männer war 60,4 Jahre,
- verwitweten Frauen war 47,0 Jahre.



Wie ist der Altersunterschied der Eheschließenden in Brandenburg?

Bei fast zwei Drittel aller Eheschließungen war der Mann älter als die Frau.

Bei mehr als einem Viertel der Eheschließenden waren beide Partner gleich alt¹⁾.

1995 gab es 8 Frauen und 3 Männer, die bereits älter als 70 Jahre waren und das erste Mal zum Standesamt gingen.



Aus dem statistischen Durchschnitt fallen hierbei folgende Ergebnisse: Der älteste Bräutigam war älter als 90 Jahre; seine Braut war 70 Jahre alt.

Die älteste Braut war weit über 80 Jahre alt; ihr künftiger Ehemann war über 70 Jahre.

Beide Eheschließungen waren keine Erstheiraten.

Bei einer Eheschließung war die Frau um mehr als 30 Jahre älter als der Mann.

Es gab 2 Trauungen, bei denen die Frau um mehr als 50 Jahre jünger war als der Mann.

Eheschließende 1995 nach dem Altersunterschied der Ehepartner

Mann um ... Jahr(e) älter	Anzahl der Eheschließungen
1	961
2	951
3	815
4	685
5	509
6	452
7	347
8	252
9	200
10	151
11 bis 15	470
16 bis 20	170
21 und älter	110

Frau um ... Jahr(e) älter	Anzahl der Eheschließungen
1	520
2	307
3	177
4	173
5	122
6	101
7	86
8	68
9	36
10	32
11 bis 15	104
16 bis 20	28
21 und älter	9

Kindersegen vor der Hochzeit

Nicht nur Trauzeugen und Gäste begleiten die Brautpaare zum Standesamt; oft erleben bereits Kinder die Hochzeit ihrer Eltern mit. So haben

¹⁾ beide gleich alt und Altersunterschied um 1 Jahr

mehr als ein Viertel der Eheschließenden zum Zeitpunkt ihrer Heirat mindestens ein gemeinsames Kind. Die Zahl der Hochzeitspaare ohne gemeinsame voreheliche Kinder hat zugenommen.

Beim Vergleich der Jahre 1991 und 1995 ist bei der Zahl der sich verheiratenden Frauen, die mit dem Ehepartner bereits vor der Eheschließung gemeinsame Kinder hatten, kein Tendenzumbruch zu erkennen.

gemeinsame voreheliche Kinder	Eheschließungen insgesamt	
	1991	1995
kein Kind	5 945	6 424
1 Kind	2 027	1 962
2 Kinder	322	337
3-Kinder	25	47
4 Kinder und mehr	9	5



Zum Zeitpunkt der Eheschließung haben etwa ein Viertel der Eheschließenden bereits mindestens ein gemeinsames Kind.



Resümee

Auch in Brandenburg wird wieder geheiratet, zur Zeit allerdings noch weniger als vor der Wende.

Das Heiratsalter steigt, dabei ist der Mann bei der Mehrzahl der Eheschließungen älter als die Frau.

Bei mehr als einem Viertel der Eheschließungen waren beide Partner etwa gleich alt, aber Männer heirateten mehr jüngere Frauen als umgekehrt.

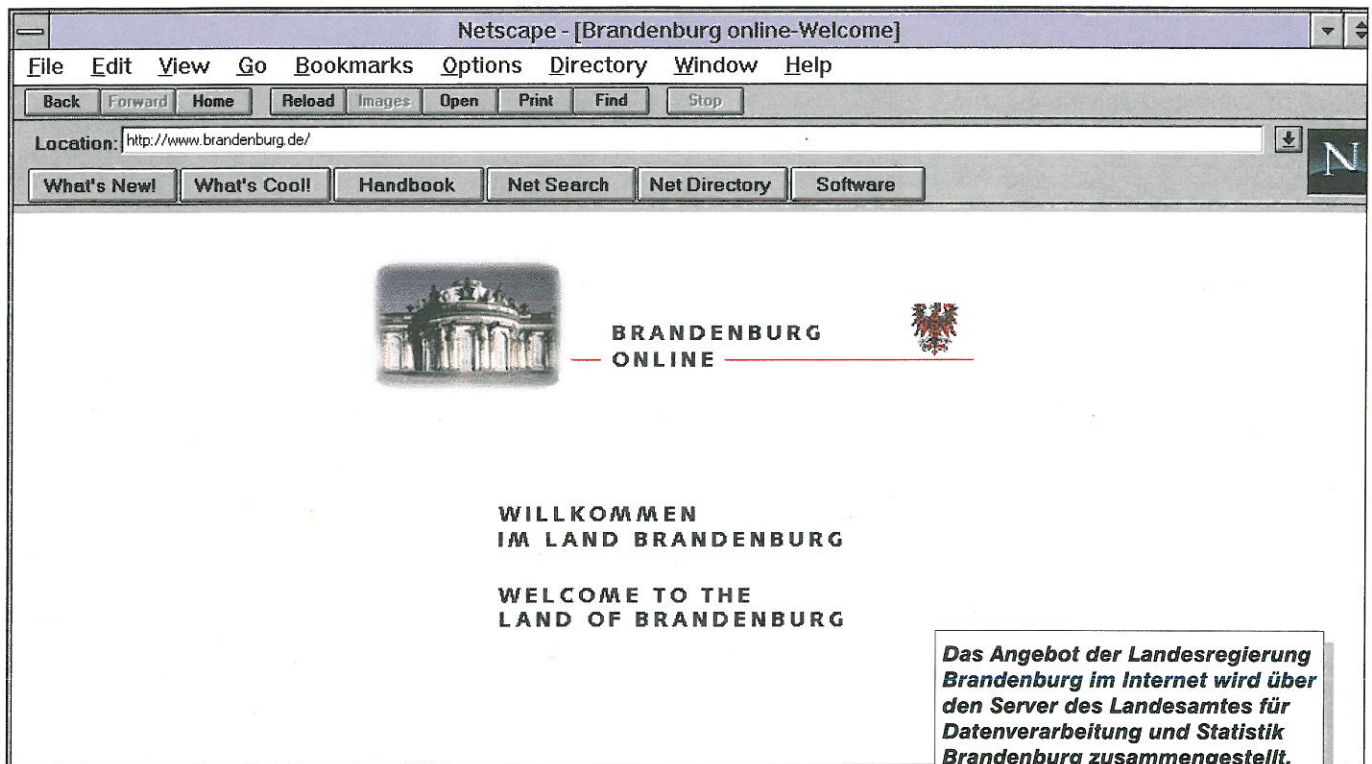
Nachwort

Die in diesem Artikel dargestellten Betrachtungen sind nicht Zielstellung der Statistik über die Eheschließungen. Daher basieren sämtliche Aussagen auf Sonderaufbereitungen.

Die Statistik der Eheschließungen ist Bestandteil der laufenden Bevölkerungsstatistiken und wird in diesem Rahmen, wie die Ehescheidungen, zur Bevölkerungsfortschreibung nach dem Familienstand benötigt.

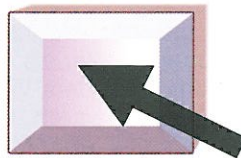
*Veronika Kuchta
Carmen Fleischer*





Kommunikationsplattform der Zukunft

Internet



Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Datenzentralen trifft sich regelmäßig zum Meinungsaustausch zu aktuellen Themen von gemeinsamen Interesse. So kam es zu dem Beschluß, sich des Themas „Internet“ anzunehmen. Bei dem Blick in die Runde wurde Arend Steenken und damit das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg für die Durchführung ausgewählt. Die inhaltliche Ausgestaltung wurde gemeinsam mit der Datenverarbeitungszentrale Mecklenburg-Vorpommern vorbereitet und die Vorträge aus der Sicht der jeweiligen Häuser gehalten, wodurch ein weites Spektrum an Möglichkeiten und Herangehensweisen vermittelt wurde. Vom LDS BB referierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum „Aufbau des Internet-Servers des Landes Brandenburg“, zum „Sicherheitskonzept im Internet“, zu „Internetangebote durch Datenbankkopplungen“, „Aktueller Datenbereitstellung beim

Volksentscheid Berlin-Brandenburg“ und „Brandenburg online“. Das Eröffnungsreferat hielt Prof. Arno Fischer von der Fachhochschule Brandenburg. Mit diesem Referat möchten wir einen Einstieg in die Thematik „Internet“ geben und würden bei einer entsprechenden Resonanz in späteren Ausgaben auf spezielle Aspekte eingehen.

Das Internet hat sich inzwischen zum größten Computer-Netzwerk der Welt entwickelt. Sein Siegeszug ist nicht mehr zu bremsen. Die Weichen sind gestellt, um es zum künftigen Universalnetzwerk für Wirtschaft, Forschung und Bildung, aber auch der öffentlichen Verwaltungen und des Bürgers werden zu lassen. Die hohe Dynamik der technischen Entwicklung und das rasante Wachstum des Internets führen zu großen Chancen in den Bereichen neuer Wirtschaftsanwendungen, neuer Bür-

gerservices und der universellen Weiterbildung und Informationsbeschaffung. Auf der anderen Seite ergeben sich auch Risiken und negative Begleiterscheinungen, denen aber sowohl mit technischen Hilfsmitteln, als auch mit einer geeigneten Landespolitik begegnet werden kann. Eine geeignete Landesstrategie für dieses interessante Gesamtgebiet wäre daher von größter Wichtigkeit!

Was steckt hinter dem Begriff „Internet“?

Die Geschichte des Internets beginnt in den späten 60er Jahren, als die Advanced Research Projects Agency des US-Verteidigungsministeriums die Entwicklung eines fehlertoleranten Computernetzwerkes anregt und unterstützt. Das Ergebnis dieser Entwicklung sollte im militärischen Bereich Einsatz finden. Die Verteidigungsfähigkeit sollte durch

Dezentralisierung der Kommandoebene und Kommunikation der Militäreinrichtungen über ein Computernetz gewahrt bleiben.

Forschungseinrichtungen und Hochschulen waren an der Entwicklung dieses Netzes beteiligt. Dies hatte zur Folge, daß das Netz auch im Umfeld der Forschungseinrichtungen und Hochschulen eine breite Verwendung fand. Die vorherrschende heterogene Vernetzung mit unterschiedlichsten Netztypen z.B. über Telefonleitungen und Datenleitungen führte zu einer äußerst flexiblen Realisierung auf der bereits telnet und ftp als Dienste zur Verfügung standen. Das ARPANET war geboren.

Aufgrund der Beliebtheit und der kostenfreien Weitergabe der Software, erfolgte in den nächsten Jahren ein schnelles Wachstum des Netzes. Die wachsende Anzahl von Rechnerverbindungen führte zu technischen Problemen, die durch Überarbeitung und Verbesserung der Art und Weise des Informationsaustausches überwunden werden konnten. Das Resultat war das TCP/IP in den Jahren 1973/1974.

Ab 1982 entwickelte sich auch in Europa ein Ableger des amerikanischen TCP/IP-Netzes, nämlich das European Network (EUNET).

Mitte der 80er Jahre war die Anzahl der Teilnehmer im Netz zu groß geworden, um mit der bis zu diesem Zeitpunkt benutzten zentralen Adreßverwaltung noch konsistente Teilnehmerinformationen erhalten zu können. Aus diesem Grunde wurde 1986 das TCP/IP um ein Adreß- und Namenssystem erweitert, welches es jedem Teilnehmer ermöglichte, jeden anderen Teilnehmer problemlos zu lokalisieren. Dieses System ist das bis heute eingesetzte Domain-Adressen-System. Dezentrierte Computersysteme arbeiten seit dieser Zeit als Adreß- und Namen-Server (Name Server).

1992 entstand das European Backbone (EBONE), nämlich ein gemeinsames europäisches TCP/IP-Netz als Rückrat des europäischen Internetverkehrs. In Deutschland entstand schon 1984 das Wissenschafts-Netz (WIN), welches vom Verein zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes (DFN) gegründet wurde. Dieses öffnete sich 1992 auch der Wirtschaft und Privatpersonen, so daß mit diesem Zeitpunkt das Internet sich zunehmend zu einem Universalnetz entwickelt. In der letzten Zeit finden wir vor allem die Weiter-

entwicklung des Internets zu einem Breitbandnetz (B-WIN). Heute hat das deutsche Internet „Infobahnen“ mit bis zu 155 Mb/s. Diese leistungsfähigen Übertragungsstrecken lassen auch neue Dienste, wie z.B. Video- und Audio-Konferenzen möglich werden.

Mit dem Aufkommen von breitbandigeren Netzzugängen wurde ein weltweites Multicast Backbone Netz realisiert (MBONE). Dieses MBONE erlaubt mit Hilfe der Programme „vat“ und „vic“ die Durchführung von Audio- und Video-Konferenzen in Gruppen im weltweiten Internet. Mit Hilfe des Whiteboard-Programmes kann man Dokumente gemeinsam betrachten und editieren (Application-Sharing). Allerdings benötigt man für eine MBONE-Konferenz mindestens eine verfügbare Bandbreite von ca. 500 kb/s, so daß dieser Dienst zunächst nur in Hochschulen oder größeren Unternehmen eingeführt werden kann. Projekte wie das Virtual College in Brandenburg und Berlin benutzen die MBONE-Funktionen, um Lehrveranstaltungen online auch interessierten Studenten jeweils anderer Hochschulen anzubieten. Natürlich müssen die beteiligten Rechner entsprechend mit Soundkarten und Videokameras (und Framegrabber-Karten) ausgestattet sein. Weitere Voraussetzung ist die Einrichtung eines MBONE-Routers für den Campus der Hochschule.

Elektronischer Briefdienst

Der beliebteste Dienst im Internet ist E-Mail. E-Mail ermöglicht das Senden und Empfangen von Nachrichten in elektronischer Form. Dabei geht es nicht nur um Textinformationen, sondern auch um Bilder, Graphiken oder sogar Videos. Diese zusätzlichen Informationen können als Anlage zum Brief mitgesandt werden. Da das Internet weltweit verfügbar ist, bildet die E-Mail eine der schnellsten und billigsten Möglichkeiten, Informationen zwischen Personen auszutauschen.

Fernzugriffe auf Rechner und Programme

Der Fernzugriff auf entfernte Rechner und Programme erfolgt mit dem Programm „telnet“. Dadurch wird es z.B. möglich, auf Reisen Verbindung zu seinem Heimatechner aufzunehmen und Programme und Daten auf

diesem Heimatechner zu bearbeiten. Natürlich kann man sich auch mit jedem anderen Rechner verbinden, benötigt aber auch hier einen login. Auf diese Weise kann man in entfernten Datenbanken recherchieren oder entfernte Hochleistungsrechner für eigene Zwecke nutzen.

Dateitransfer

Der Dateitransfer ermöglicht die Übertragung von Dateien beliebiger Größe zwischen beliebigen Rechnern im Internet. Voraussetzung ist allerdings die Berechtigung, sich bei dem entfernten Rechner einwählen zu können. Man benötigt eine entsprechende Benutzerkennung (login). Auf vielen Rechnern sind daher für fremde Benutzer bestimmte Datenbereiche frei zugänglich (Dateiverzeichnis .../pub, wobei pub für public steht). Diese Bereiche erreicht man mit der Benutzerkennung anonymous, was soviel wie anonymer Benutzer heißt. Meldet man sich so bei einem Rechner an, wird erwartet, daß man als Paßwort seine eigene E-Mail-Adresse eingibt. Dieser Dienst wird übrigens als Anonymous-FTP bezeichnet. Tausende von FTP-Servern gibt es im Internet. Um einen möglichst nahegelegenen Server zu finden, kann man mit dem Programm „archie“ nach den gewünschten Dateien suchen lassen und erhält als Ergebnis eine aktuelle Liste geeigneter FTP-Server.

Asynchrone Gruppenkommunikation

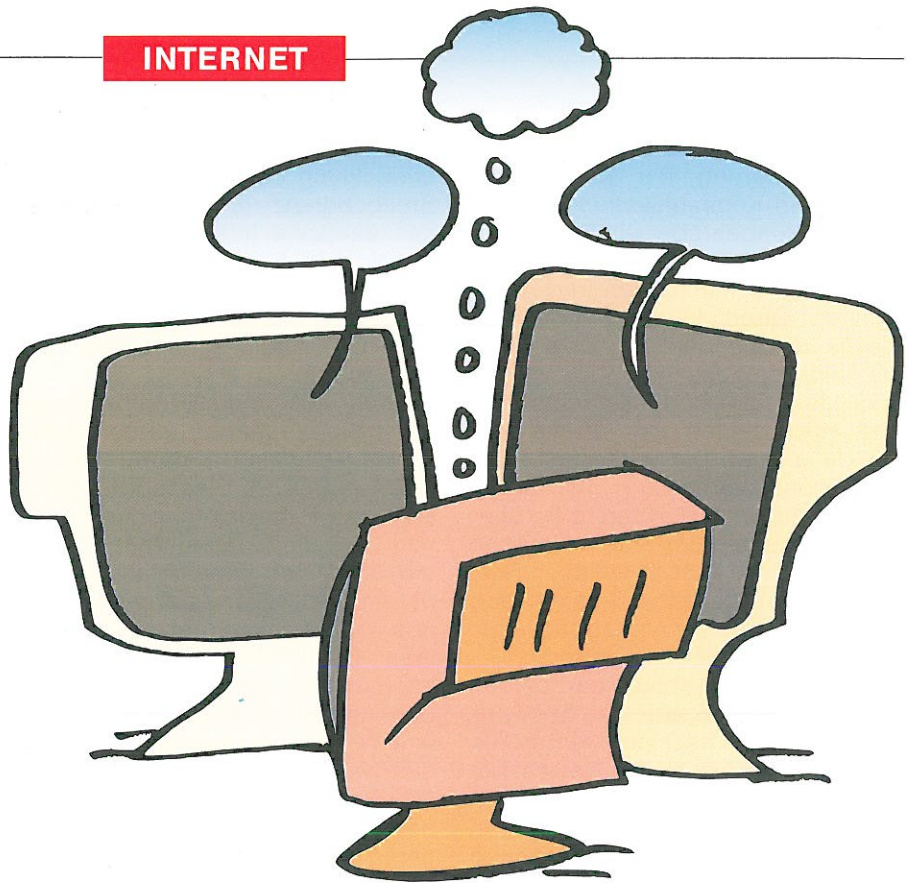
Darunter versteht man die zeitlich versetzte (also nicht gleichzeitige) Kommunikation zwischen Mitgliedern einer Gruppe. Diese Form der Kommunikation kann man mittels einer Maillist erreichen. Die Maillist besteht aus einer Verteilerliste. Eine E-Mail wird dann nicht an eine Person, sondern an die Maillist gesendet.

Eine andere Form der asynchronen Gruppenkommunikation wird durch öffentliche Diskussionsgruppen, sogenannte Newsgroups gebildet. Hier werden die Informationen nicht nur an die Teilnehmer einer Maillist verteilt, sondern können grundsätzlich weltweit von Teilnehmern von News gelesen werden. Um der Datenflut auf den Servern Herr zu werden, werden News-Dokumente nach relativ kurzer Zeit automatisch gelöscht.

Synchrone Gruppenkommunikation

Sie ist die gleichzeitige Kommunikation zwischen Personengruppen. Diese Online-Diskussion kann mit Diensten, wie z.B. „talk“, „irc“, oder „mbone“ mit „vic“ und „vat“ sowie „whiteboard“ durchgeführt werden. Mittels „talk“ können sich z.B. zwei Personen mit Hilfe ihrer Tastaturen und Bildschirme unmittelbar unterhalten. Jeder Tastendruck eines Teilnehmers wird sofort auf dem Bildschirm des anderen Teilnehmers dargestellt.

Beim Internet Relay Chat (irc) handelt es sich um Online-Kommunikationsforen, die mittels irc-Server im Internet durchgeführt werden. Je nach Vorgaben des Initiators eines Channels gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten und Rechten. Es gibt völlig freie öffentliche Gruppen, Gruppen, zu denen man eingeladen werden muß und „unsichtbare“ Gruppen. Die Kommunikation kann öffentlich über den Server erfolgen oder „privat“ nur zwischen zwei Teilnehmern innerhalb des Channels. Allen gemeinsam ist hier, wie bereits bei „talk“ beschrieben, daß mittels Tastatur und Bildschirm kommuniziert wird.



Der neueste Trend in diesem Bereich sei nicht verschwiegen. Mittels der Programmiersprache Java ist es möglich, nicht nur Dokumente, sondern sogar Programme auf den lokalen Rechner zu laden und ablaufen zu lassen.

Wie geht es weiter mit dem Internet?

Das Internet besteht heute aus ca. 5 Millionen Rechnern und wird von ca. 50 Millionen Personen benutzt. Schaut man auf seine bisherige Entwicklung, so kann man aufgrund seines Wachstums gute Abschätzungen für die künftige Weiterentwicklung gewinnen. Danach kann man davon ausgehen, daß im Jahr 2000:

- Über 100 Millionen Rechner am Internet angeschlossen sein werden,
- mehr als eine Million Teilnetze das Internet bilden werden (derzeit ca. 60.000 Teilnetze),
- das Internet mehr Verkehrslast aufweisen wird als das weltweite Telefonnetz
- erheblich mehr Applikationen als heute vorhanden sein werden und diese die Attraktivität des Internets weiter steigern werden.

Die Bereiche der Wirtschaft, der Politik und der Freizeit werden ganz erheblich ihre Präsenz im Internet verstärken. Neue Formen der Geschäfts-

abwicklung, der Bürgerinformation und der Freizeitgestaltung werden sich entwickeln. Insbesondere die Anwendungen aus den Bereichen Ausbildung und Training werden ganz erheblich die Möglichkeiten des Internets nutzen. Wir können davon ausgehen, daß das Land Brandenburg sich diesen neuen Herausforderungen stellen wird, wie es das bereits schon in der Vergangenheit getan hat. Mit vielen wichtigen Schritten wurde und wird ständig der Weg in die Informationsgesellschaft weiter ausgebaut. Die Planung des Verwaltungsnetzes, die Einführung des MAN-Potsdam mit der Einbindung der FH-Brandenburg und der FH-Wildau, die Entwicklung von Medienstandorten, wie der Medienstadt Babelsberg, der HFF „Konrad Wolf“ oder der Einführung des Studienangebotes Dipl.-Ing. (FH) für Digitale Medien an der FH-Brandenburg sind notwendige Schritte in diese Richtung. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen zum Eintritt in die Informationsgesellschaft auch auf der Grundlage einer landesweiten, von der Landesregierung getragenen und politisch gewollten Strategie geschaffen werden. Nur wenn alle verfügbaren Kräfte gebündelt werden, kann dieses Ziel gelingen. Das geplante europäische Projekt BIS2006 der Landesregierung bietet dafür eine solide Grundlage.

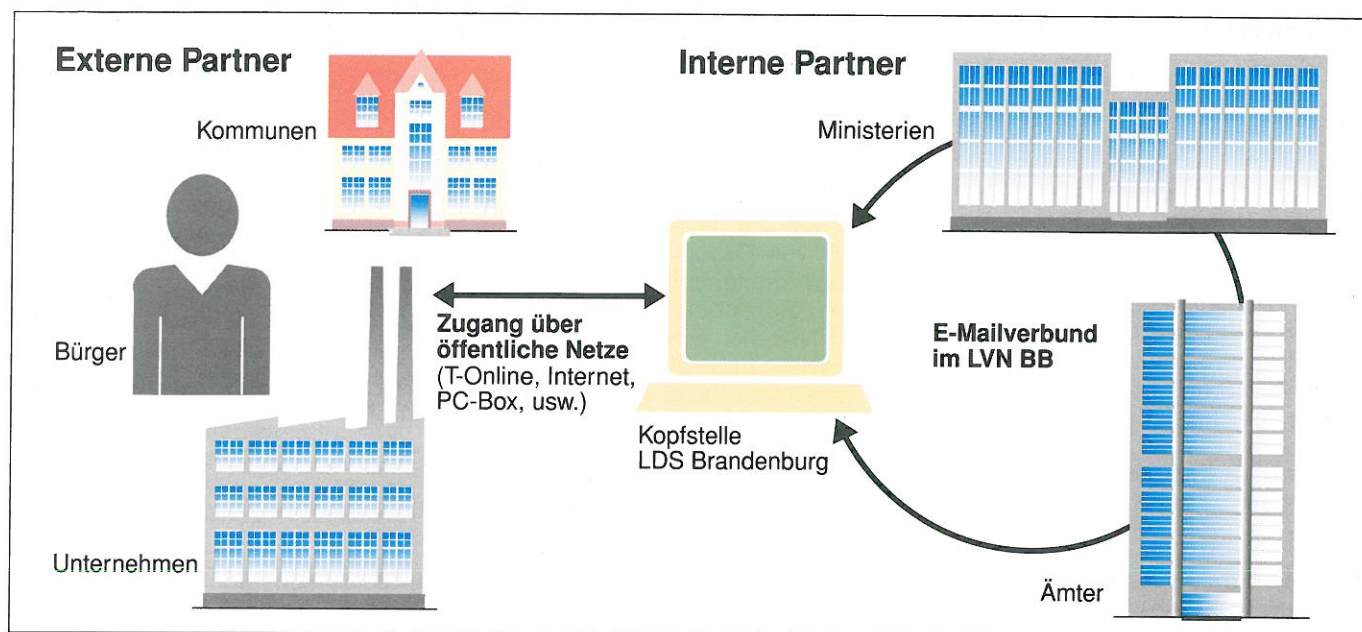
Arno Fischer

Fachhochschule Brandenburg

Fernzugriff auf Informationen und Adressen

Dieser Zugriff erfolgt zum Beispiel mit dem relativ neuen hyperlinkorientierten multimedialen Informationssystem World Wide Web (www). Mittels Suchmaschinen kann man sich zu bestimmten Themen multimediale Informationen beschaffen. Die Referenz auf diese Objekte erfolgt mit URLs (Uniform Resource Locator), welche nicht nur die Internetadresse enthalten, sondern auch Informationen über die Art des Objektes, wie z.B. Bild oder Video. Die Beliebtheit dieses Dienstes erklärt sich durch seine einfache Bedienbarkeit.

Dokumente im www werden mittels der Hypertext Markup Language (HTML) aufgebaut. Für die Bildschirmdarstellung beim Nutzer ist eine Software, ein sogenannter Browser, erforderlich. Der Trend bei www-Browsern geht hin zu integrierten Programmen, die nicht nur www-Dokumente beschaffen und darstellen, sondern auch die Dienste E-Mail, FTP und News integrieren.



Brandenburg im Kommunikationsverbund für das Land: Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und sein **Dienstleistungsangebot**

Was ist der Kommunikationsverbund?

Der Kommunikationsverbund ist ein Dienst im Landesverwaltungsnetz Brandenburg (LVN BB), der durch das LDS BB angeboten wird. Die elektronischen Mailsysteme der Teilnehmer werden integriert, so daß eine durchgängige elektronische Kommunikation ermöglicht wird.

Ziel ist es, die elektronische Post, im weiteren E-Mail genannt, als Kommunikationsmittel für die Verwaltungsarbeit flächendeckend zur Verfügung zu stellen. Innerhalb der E-Mail können Mitteilungen, Termine, Dokumente, Bilder und Sprachdateien versendet und empfangen werden. Desweiteren wird der Zugang zu allen TELEMATIK Diensten (Fax, T-Online, u.a.) angeboten.

Der Empfang und das Versenden von Mails an Adressaten außerhalb des LVN BB's ist ein grundlegender Bestandteil des angebotenen Dienstes.

Der Kommunikationsverbund ist eine grundlegende Voraussetzung für Fachanwendungen, schnelle Kommunikation unterschiedlichster Ein-

richtungen und zukünftige Rationalisierungseffekte.

Der Aufbau erfolgt in drei Phasen.

Phase 1

Verbund im Stadtnetz Potsdam (oberste Landesbehörden).

Phase 2

Einbindung ausgewählter kommunaler Einrichtungen.

Phase 3

Angebot für alle Interessenten, die am LVN BB teilnehmen.

Die zentralen Komponenten der E-Mail werden im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS BB) Standort Potsdam eingerichtet, administriert und allen Berechtigten zur Nutzung zur Verfügung gestellt, das bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt:

- eine zentrale GroupWise Domain (Primary Domain)
- eine zentrale X.400 Domain (Primary Management Domain)
- zentrale Übergänge zu:

X.400

Unix (gem. RFC 822)

WWW

vorbereitet werden:

remote Anbindung an GroupWise
E-Mail von und zu Hostsystemen

Welche Systeme werden unterstützt?

Unterstützt werden vorrangig die E-Mailsysteme:

„GroupWise 4.x“,

„X.400“,

„SENDMAIL RFC 822“ (Unixmail)

Weitere E-Mailsysteme werden bei Bedarf folgen.

An Netzwerksystemen:

Novell – 3.11, 3.12, 4.1

LAN-X.

Wer kann unter welchen Voraussetzungen teilnehmen?

Die Teilnahme am Kommunikationsverbund, entsprechend dem Ausführungszeitplan wird mit dem Abschluß einer Servicevereinbarung

Gateway
SMTP Gateway
Gateway

asynchron Gateway
SNA Gateway

mit dem LDS BB als Diensteanbieter geregelt.

Es muß die Bereitschaft zur Einhaltung der Adreß- und E-Mailkonventionen vorliegen. Ein ständiger Ansprechpartner ist zu benennen. Beim geplanten Kauf neuer Hard- und Softwarekomponenten, die Berührungspunkte mit dem LVN BB haben sollen, ist der Benutzerservice des LDS BB zu benachrichtigen. Ergibt die Prüfung im LDS BB eine Unverträglichkeit der neuen Hard- oder Software, so verpflichtet sich die teilnehmende Institution, alle Kosten zu übernehmen, die zur Herstellung konsistenter Umgebungen notwendig werden.

Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Für die Teilnahme am Kommunikationsverbund, zur Regelung der notwendigen Modalitäten sowie zur Beratung bei der Installation eines eigenen Systems und zur Teilnahme am Softwarevertrag (E-Mail) ist Ihr Ansprechpartner im LDS BB der Benutzerservice.

Für die Schulung von eigenen Administratoren sowie Ihrer Endanwender steht Ihnen das Schulungszentrum Teltow des LDS BB zur Verfügung.

Welche Möglichkeiten hat der E-Mail-Nutzer?

Jeder Endnutzer der Teilnehmer der E-Mail ist, kann seine durch ihn erstellten oder bearbeiteten elektronischen Dokumente ohne Umweg direkt an den Empfänger oder auch Gruppen von Empfängern versenden. Das gilt lokal, im Land Brandenburg, in Deutschland und weltweit. Der persönliche Eingangskorb nimmt die ankommende Post auch entgegen, wenn der Empfänger nicht anwesend ist.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsorganisation entsprechen den Regeln, die innerhalb der jeweiligen Einrichtung vorgesehen werden. Die Rahmenbedingungen werden durch eine Arbeitsgemeinschaft des Interministeriellen Ausschusses für Informationstechnik (IMAIT) im Laufe des Jahres erarbeitet.

Die persönliche Integrität der E-Mail-Teilnehmer wird nicht eingeschränkt. Es ist keine Kontrolle gegen den Willen der Nutzer möglich. Das Informationssystem der E-Mail speichert den Öffnungszeitpunkt eines Dokumentes, hieraus ist aber keine Schlußfol-

gerung auf die Effektivität des Nutzers abzuleiten.

Welche Serviceleistungen bietet das LDS BB an?

Durch den Benutzerservice erfolgt in Zusammenarbeit mit den Administratoren des LDS BB die Beratung zum Einsatz von GroupWise. Das betrifft vor allem die technischen Voraussetzungen, die Anbindung an das LVN, die LVN-weite Strukturierung von GroupWise und die Möglichkeiten für die lokale Strukturierung.

Installationshilfe

Durch die Administratoren des LDS BB erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Benutzerservice die Unterstützung der Administratoren bei der Installation von GroupWise auf der Basis der Servicevereinbarung.

Durch den Benutzerservice erfolgt die Unterstützung der örtlichen Administratoren bei der Erstinstallation ausgewählter Clients.

Hotline

Anfragen, Änderungsanträge und Fehlermeldungen sind generell an die Hotline des Benutzerservices zu stellen.

Durch den Benutzerservice werden alle Teilnehmer des Kommunikationsverbundes über Fehler informiert, die Auswirkungen auf den Verbund oder auf die Erreichbarkeit von Teilnehmern haben. Durch den Benutzerservice erfolgt ebenfalls die Information über die Behebung der aufgetretenen Fehler an alle Teilnehmer des Kommunikationsverbundes.

Tel: 0331-39560

Fax: 0331-39522

E-Mail: Benutzerservice@ldspdm.

lvnbb.dbp.de

Benutzerservice@lds.
brandenburg.de

X.400: S=Benutzerservice;
O=ldspdm; P=LVN BB;
A=dbp; C=de

Vertragsicherheit

Es wird davon ausgegangen, daß der Einsatz von GroupWise für den Kommunikationsverbund im LVN eine langfristige, strategische Entscheidung darstellt.

Administrationshilfe

Durch das LDS BB erfolgt die Unterstützung der Administratoren bei der Installation und Pflege von GroupWise auf der Basis der Servicevereinbarung.

In Ausnahmefällen können kleine Behörden die Installation und Pflege an das LDS BB übergeben. Grundlage ist die Servicevereinbarung.

Schulungen

Durch das Schulungszentrum in Teltow (Dezernat 143) werden Schulungen sowohl für Administratoren als auch für Endanwender angeboten und durchgeführt.

Tel: 03328-475610

Fax: 03328-475618

E-Mail:

it-schulung@ldstlw.lvnbb.dbp.de

it-schulung@lds.brandenburg.de

X.400: S=it-schulung; O=ldstlw;

P=LVN BB; A=dbp; C=de

Datensicherheit

Datensicherheit ist definitionsgemäß das Ergebnis der Datensicherung, also der technischen und organisatorischen Absicherung gegen Mißbrauch einerseits und zum Schutz der Funktionsfähigkeit der automatisierten Datenverarbeitung im Interesse des Benutzers andererseits (Quelle: W. Steinmüller; „Lexikon der Informatik“).

In Anlehnung an dieses Verfahren wurde eine IT-Sicherheitskonzeption für den E-Mail-Verbund erarbeitet (nähere Auskünfte über das Benutzerservicezentrum des LDS BB).

Ausfallsicherheit

Die eingesetzte Hardware ist Markenware. Ein weiterer Zuwachs an Sicherheit wird durch Einsatz von Festplatten nach Raid Level 5 erreicht.

Die Softwarekomponenten werden täglich gesichert. Ein Online-Virenschutz wurde im 2. Quartal 1996 aktiviert.

Es erfolgt eine ständige administrative Überwachung der Hard- und Softwarekomponenten.

Dieser Artikel gibt einen kurzen, sehr allgemeinverständlich gehaltenen Überblick über den Kommunikationsverbund im Land Brandenburg und die damit verbundenen Serviceleistungen des LDS BB. Sollten Sie weitergehendes Interesse haben und Informationen benötigen, dann können Sie eine Broschüre zu diesem Thema (Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg, Dortustr. 46, 14467 Potsdam oder per Fax: 0331/39418) bestellen oder beim Benutzerservice anrufen.

Harald Roßner

Bearbeitung von Wohngeldanträgen nach dem

Brandenburger Wohngeldverfahren

10% der Mieterhaushalte waren Anfang 1996 Wohngeldbezieher. Mitte 1994 waren noch 15% aller Mieterhaushalte Wohngeldbezieher. Die durchschnittliche Höhe des ausgezahlten Wohngeldes steigt hingegen: Sie beträgt z.Zt. 157,- DM. Die Ursache erklärt sich wie folgt:

Für einen größeren Anteil der Bevölkerung können in den letzten fünf Jahren reale Einkommenszuwächse registriert werden. So ist ein erheblicher Anteil der Erwerbstätigen durch die in der Vergangenheit realisierten Einkommensteigerungen aus dem Kreis der Wohngeldberechtigten herausgewachsen. Das Versäumnis des Bundesgesetzgebers, das Wohngeldgesetz in den letzten Jahren ausreichend an die Entwicklung der Einkommen und Wohnkosten anzupassen, verursacht ebenfalls eine Reduzierung der Anzahl der Wohngeldberechtigten. Dies wird am Personenkreis der Arbeitslosen deutlich. Trotz steigender Arbeitslosenzahlen stagniert bei gleichzeitig steigenden Mieten die Anzahl der wohngeldberechtigten Arbeitslosen.

Es ergibt sich eine deutliche Polarisierung zwischen einkommensstarken Haushalten mit einer niedrigen Mietbelastung und einkommensschwachen Haushalten mit einer recht hohen Mietbelastung. Das Ergebnis einer Mieterbefragung 1996 im Land Brandenburg zeigt, daß gerade der Einpersonenhaushalt, zu dem auch ein erhöhter Anteil von Rentnern zählt, die höchste Mietbelastung zu tragen hat. So müssen Einpersonenhaushalte, die Wohngeld beziehen, 31,1% ihres Nettoeinkommens zur Bezahlung der Miete aufbringen. Dieses Beispiel verdeutlicht die weiterhin große Bedeutung des Wohngeldes zur Senkung der Mietbelastung für einkommensschwächere Haushalte. Das Wohngeld hat eine deutlich entlastende Wirkung. Durch das Wohngeld sinkt die Mietbelastung von 35,6% (ohne Wohngeld) auf 25,5%.

Der offensichtliche Rückgang der Haushalte der Wohngeldbezieher darf deshalb nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sozialleistung Wohngeld dem einzelnen Berechtigten auch weiterhin hilft, angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu sichern.

*Maureen Waclawczyk
Ministerium für Stadtentwicklung,
Wohnen und Verkehr*

1. Bearbeitung von Wohngeldanträgen

Seit 1991 wird im Land Brandenburg Wohngeld für anspruchsberechtigte Bürger gezahlt. Im Jahr 1995 wurden hier für ca. 113.000 Wohngeldempfänger ca. 195 Millionen DM Wohngeld, das je zur Hälfte von Bund und Land getragen wird, ausgezahlt. Damit hat sich die Anzahl der Wohngeldempfänger vom Höchststand im Jahr 1992 auf ca. ein Drittel verringert. Im Juli 1996 wurde noch an 81.000 Brandenburger Bürger Wohngeld gezahlt. Die Anträge zur Wohngeldberechnung werden in den 57 Wohngeldstellen der Kommunen des Landes Brandenburg entgegengenommen. Dabei wird geprüft, ob alle hierfür notwendigen Angaben vollständig vorliegen. Die so ermittelten Daten werden dort ausschließlich maschinell erfaßt. Dazu nutzen die Wohngeldstellen zu etwa gleichen Teilen funktionell gleichartige Erfassungss-Software zweier Softwarehäuser. Mit der maschinellen Erfassung wird eine erste Plausibilitätsprüfung der Daten vor Ort durchgeführt. Diese Daten werden dann entweder per Diskette und Kurier oder über das Landesverwaltungsnetz (LVN) im Datentransfer (Filetransfer) dem Rechenzentrum des LDS BB übermittelt.

Die dezentral erhobenen Daten werden zentral im LDS BB mit Hilfe des hier entwickelten Wohngeldprogrammes in monatlich zwei Verarbeitungsläufen auf dem IBM Großrechner verarbeitet.

Vor der Ermittlung des Tabellenwohngeldes erfolgt eine umfangreiche maschinelle Plausibilitätsprüfung für alle neuen bzw. zu ändernden Datensätze. Nicht plausible Datensätze werden vom DV-Verfahren ausgesondert und den zuständigen Wohngeldstellen zur erneuten Bearbeitung zurückgegeben. Im Verarbeitungslauf zur Berechnung und Zahlungsbarmachung des Wohngeldes, der

etwa sechs Stunden Rechenzeit in Anspruch nimmt, werden die Wohngeldbeträge (Zahlsätze) je Anspruchsberechtigten ermittelt. Im Datenträgeraustausch über die Landeshauptkasse (LHK) und die Landeszentralbank erfolgt die Überweisung auf das Konto der Wohngeldempfänger. Für wenige Bürger wird das Wohngeld postbar ausgezahlt.

Unmittelbar nach dem Verarbeitungslauf erfolgt im LDS BB der Ausdruck der für den Verwaltungsvorgang notwendigen Unterlagen (z.B. Bescheide und Zahlungslisten) für die Wohngeldstellen. Je Zahlmonat wird im LDS BB ca. eine Tonne Papier für den Druck der Wohngeldunterlagen benötigt. Spätestens drei Tage nach dem Rechnerlauf werden die Druckausgaben über Kurier den Wohngeldstellen zugestellt. Nach Überprüfung der Bescheide leitet die Wohngeldstelle diese dem Bürger zu. Der Wohngeldempfänger hat monatlich spätestens zwei Wochen nach dem Rechnerlauf im LDS BB das Wohngeld zu seiner Verfügung. Die Fachaufsicht für das gesamte Verfahren hat das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Brandenburg (MSWV).

Dieses Verfahren hat den großen Vorteil, daß die Wohngeldstellen bei berechnungsrelevanten Gesetzesänderungen keine neue Version des Wohngeldprogrammes benötigen. Vielmehr wird lediglich die auf dem Zentralrechner implementierte Software unverzüglich den neuen Vorschriften angepaßt, getestet und durch das MSWV freigegeben. Ungleichbehandlungen bei der Zahlungsbarmachung durch unterschiedlichen Softwareeinsatz werden so von vornherein ausgeschlossen.

2. Das DV-Verfahren „Wohngeld-Dialog“

Wie in anderen Bereichen auch, wurde die Software zur Wohngeldbearbeitung aus den alten Bundeslän-

Auszug aus dem Wohngeldgesetz

Wohngeld wird als Miet- oder Lastenzuschuß zu der zu berücksichtigenden Miete oder Belastung gewährt (§ 2 Abs. 1)

Folgende Personen sind gemäß § 3 Abs. 1 WoGG antragsberechtigt für *Mietzuschuß*:

1. der Mieter von Wohnraum
2. der Nutzungsberechtigte von Wohnraum, insbesondere der Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts
3. der Bewohner im eigenen Mehrfamilienhaus
4. der Bewohner eines Heimes

Für *Lastenzuschuß* ist gemäß § 3 Abs. 2 WoGG folgender Personenkreis antragsberechtigt:

1. der Eigentümer eines Eigenheimes
2. der Eigentümer einer Eigentumswohnung
3. der Inhaber eines eigentumsähnlichen Dauerwohnrechts für den eigengenutzten Wohnraum.

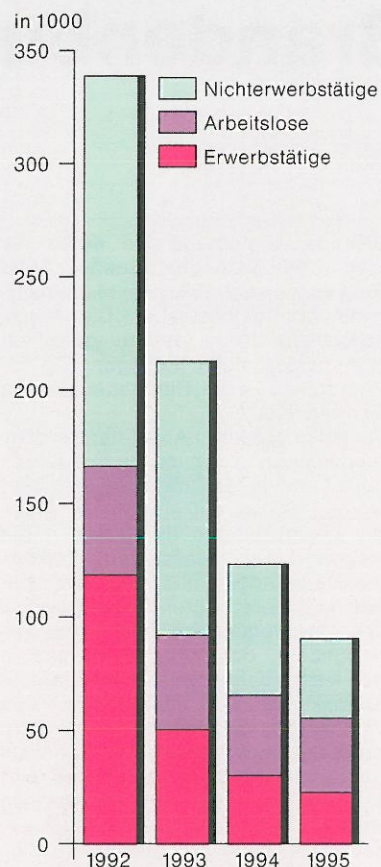
dern übernommen. Wohngeld ist eine Sozialleistung, die bereits seit Anfang der 60er Jahre gewährt wird. Dies spiegelte sich auch in der eingesetzten Software wider. Das übernommene Verfahren wurde Ende der 60er Jahre entwickelt. Es ist ein BATCH-Verfahren, das in den Programmiersprachen COBOL und Assembler implementiert wurde. Seither wurde das Verfahren vielfach erweitert, Gesetzesänderungen mußten eingearbeitet werden. Ein in sich geschlossenes Konzept konnte dadurch der DV-technischen Entwicklung nicht zugrunde gelegt werden. Die Folgen einer solchen Entwicklung sind heute noch häufig in der Datenverarbeitung zu beobachten. Sie äußern sich vor allem in einem hohen Pflege- und Wartungsaufwand der „betagten“ Software. Zeit für funktionelle Erweiterungen, die die Interessen der Nutzer besser abdecken, bleibt beim Einsatz solcher Software kaum.

So wurde 1994 durch das MSWV der Startschuß für die Entwicklung eines Dialog-Verfahrens im LDS BB gegeben. Das wesentliche Entwicklungsziel war ein flexibles DV-Verfahren, das

- den gewachsenen Ansprüchen der Wohngeldstellen gerecht wird (Verfahrensflexibilität, Dialogisierung),
- von der Konzeption her technologische Weiterentwicklungen (Client-Server-Lösung) nicht ausschließt,
- aus DV-technischer Sicht eine leichte Erweiterbarkeit (Funktionalität) und Wartbarkeit sicherstellt.

Es wird betont, daß die Analyse der Anforderungen an das neue Verfahren in enger Zusammenarbeit mit den Wohngeldstellen durchgeführt wurde. Ein Arbeitskreis unter Leitung des LDS BB fand sich zusammen, dem Vertreter von zehn Wohngeldstellen und Vertreter der Softwarehäuser, die die dezentrale Erfassungssoftware entwickelten, angehörten. Der Arbeitskreis erarbeitete das Fachkonzept der modernisierten Lösung. Aktive Unterstützung gaben die Mitglieder auch in der Testphase des Projektes.

Wohngeldempfänger am 31.12.1992–1995



Rechtsänderungen im Wohngeldsondergesetz

Juli 1993: Einführung Föderales Konsolidierungsprogramm, d.h. bei Erhöhung der Einnahmen oder Senkung der Miete bzw. Belastung ist der Wohngeldempfänger meldepflichtig. Wohngeld wird daraufhin neu berechnet und kann zu einer Minderung des Wohngeldanspruchs oder zum Wegfall führen.

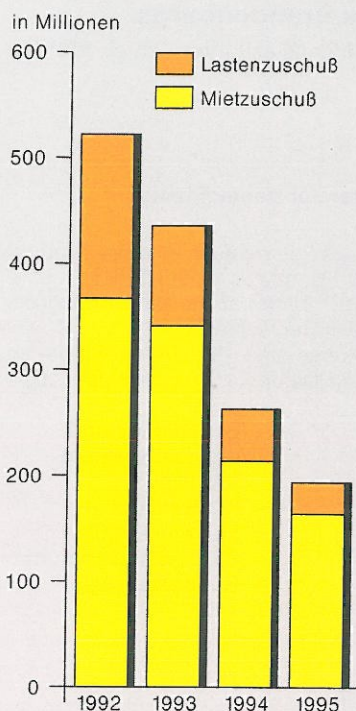
Okt. 1993: Absenkung der Zuschläge für Heizung und Warmwasser je m² Wohnfläche entsprechend der Heizungsart
bei Fernheizung von 2,50 DM auf 1,70 DM
bei Zentralheizung von 1,80 DM auf 1,20 DM und
bei Einzelraumheizung von 1,00 DM auf 0,60 DM

Okt. 1994: Absenkung der Zuschläge für Heizung und Warmwasser je m² Wohnfläche entsprechend der Heizungsart
bei Fernheizung von 1,70 DM auf 0,90 DM
bei Zentralheizung von 1,20 DM auf 0,60 DM und
bei Einzelraumheizung von 0,60 DM auf 0,30 DM

Juli 1995: Einführung neuer Wohngeldtabellen, die in der Regel zur Absenkung des monatlichen Wohngeldanspruchs führen.

Juli 1996: Zuschläge für Heizung und Warmwasser je m² Wohnfläche entsprechend der Heizungsart entfallen.

**Zahlbeträge Wohngeld
1992–1995**



Das neue Verfahren entwickelten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LDS BB nach einem Vorgehensmodell. Das Vorgehensmodell legt fest, welche Dokumente in den einzelnen Phasen des Softwareentwicklungsprozesses erzeugt werden sollen. Zur Erstellung und Verwaltung der Dokumente wurde ein Entwicklungswerkzeug (CASE-Tool) verwendet. Die Software ist in einer Programmiersprache der vierten Generation (NATURAL) entwickelt worden. Für die Datenhaltung wird das Datenbanksystem ADABAS-C eingesetzt. Bis zur Einführung des neuen Verfahrens im März 1996 mußte auch Lehrgeld gezahlt werden. Wie bei großen Projekten und Stichtagsumstellungen nicht unüblich, war sowohl die Einhaltung des Einführungstermins als auch der erste Produktionslauf mit Schwierigkeiten behaftet, die zwischenzeitlich jedoch alle gelöst werden konnten.

Die Dialogkomponenten des Verfahrens können von den Wohngeldstellen genutzt werden, die sich an das Landesverwaltungsnetz anschließen. Das LDS BB hat für den Anschluß mehrere Varianten untersucht, die sich hinsichtlich Kosten und damit auch im Komfort unterscheiden. Das LDS BB wird in Zusammenarbeit mit

Wohngeldüberleitungsgesetz – WoGÜG für die neuen Bundesländer einschließlich Berlin-Ost

Im wesentlichen ergeben sich dadurch folgende Änderungen:

- Ab 1.1.1997 sind in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) grundsätzlich die Vorschriften des dann bundesweit maßgebenden Wohngeldgesetzes (WoGG) anzuwenden.
- Für die neuen Länder (einschließlich Berlin-Ost) sind im Bereich des spitz berechneten Wohngeldes folgende Sonderregelungen zu berücksichtigen (§ 42 Wohngeldgesetz WoGG – neu – Überleitungsregelungen nach Auslaufen des Wohngeldsondergesetzes):
 - An die Stelle der Tabelle, in der für die alten Länder die einschlägigen Höchstbeträge für Miete und Belastung festgelegt sind, tritt übergangsweise bis zum 31.12.1998 eine die besonderen Verhältnisse in den neuen Ländern berücksichtigende Höchstbetragstabelle-Ost, deren Geltungsdauer bis zu zwei Jahre (längstens bis zum 31.12.2000) verlängert werden kann. Die Höchstbetragstabelle-Ost ist nicht – wie in den alten Bundesländern – nach Mietstufen untergliedert (§ 42 Abs. 1 Nr. 1 WoGG – neu –).
 - Zur sozialen Flankierung der Überleitung preisgebundener Mieten in das Vergleichsmietensystem wird der bisher in § 11 b WoGSoG geregelte Einkommensfreibetrag für Mieterhaushalte mit sehr niedrigen Einkommen übergangsweise bis zum 31.12.1998 übernommen (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 WoGG – neu –).
 - Der Eingangssatz beim pauschalen Abzug nach § 17 WoGG beträgt in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) 10% (anstelle von 6% in den alten Bundesländern (§ 42 Abs. 1 Nr. 2 WoGG – neu –)).

Bei der Gewährung des Wohngeldes wird die Miete oder Belastung insoweit nicht berücksichtigt, als sie monatlich folgende Höchstbeträge übersteigt:

bei einem Haushalt mit	für Wohnraum, der bezugsfertig geworden ist		
	bis zum 31. Dezember 1991		ab 1. Januar 1992
	ohne Sammelheizung	mit Sammelheizung	
einem Alleinstehenden	360	455	505
zwei Familienmitgliedern	465	590	650
drei Familienmitgliedern	555	700	775
vier Familienmitgliedern	645	820	905
fünf Familienmitgliedern	735	930	1030
Mehrbetrag für jedes weitere Familienmitglied	90	115	125

kommunalen Verbänden die Wohngeldstellen bei der Auswahl und bei dem Anschluß an das LVN unterstützen, um für jede Behörde eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung zu finden. Mit der Nutzung der Dialogkomponenten (ein umfangreiches Auskunftssystem und der Filetransfer) wird in jedem Fall eine Zeitersparnis im gesamten Prozeß der Wohngeldbearbeitung erreicht. Eine Beratung und Auskunftserteilung im Beisein des Bürgers und die unmittelbare Nachweisführung zum Bearbeitungsstand seines Antrages oder zur

Wohngeldzahlung auf der Grundlage aktueller und verbindlicher Daten ist damit in den Wohngeldstellen möglich. Dieser Service wird zur Zeit von drei Wohngeldstellen genutzt. Weitere Behörden werden in Kürze angeschlossen. An der Nutzung des „Brandenburger Wohngeldverfahrens“ haben auch andere Bundesländer Interesse bekundet. So wurde dem Freistaat Thüringen im September 1996 Software übergeben. Nach landesspezifischen Anpassungen wird es schrittweise in die Produktion überführt.
Dr. Werner Bock

Aktuelle Veröffentlichungen des LDS Brandenburg

Statistisches Jahrbuch 1996

35,— DM

Auf 582 Seiten bietet dieses Nachschlagewerk Daten aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Das Spektrum reicht von geographischen und meteorologischen Daten Brandenburgs über Bevölkerungszahlen, Wahlergebnisse, Wirtschafts- und Landwirtschaftsdaten bis hin zur Entwicklung von Preisen, Löhnen und Gehältern. Im Anhang sind ausgewählte Ländervergleichszahlen dargestellt. In das Jahrbuch erstmals aufgenommen wurden in diesem Jahr Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom September 1995 sowie Angaben aus der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Gebäude- und Wohnungszählung 1995

Heft 1: Vorläufige Ergebnisse

Das Heft gibt einen ersten Überblick über Gebäude mit Wohnraum und die Anzahl der Wohneinheiten für alle Gemeinden des Landes Brandenburg.

8,50 DM

Heft 2: Gemeindeblatt – Zusammenfassung Land Brandenburg und Kreise (Endgültiges Ergebnis)

Das Heft beinhaltet, als eine Art Kurzfassung für das Land Brandenburg, für die 4 Kreisfreien Städte und die 14 Landkreise auf je 2 Seiten die wichtigsten Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1995.

7,— DM

Heft 3: Kreistabellen (Endgültiges Ergebnis)

Dieses Heft beinhaltet auf 95 Seiten Angaben für die Landkreise und Kreisfreien Städte des Landes Brandenburg:

- Gebäude mit Wohnraum nach Art und Baujahr
- Wohngebäude nach
 - Baujahr und Wohneinheiten
 - Baujahr und Eigentümern/Erbbauberechtigten bzw. Verfügungs-/Nutzungsberechtigten
 - Baujahr sowie nach überwiegender Beheizungsart und verwendeter Energieart
 - Baujahr, Bauweise, Erhaltungszustand sowie Abwasserentsorgung
- Wohnungen in Wohngebäuden nach
 - Baujahr und Fläche
 - Baujahr sowie Zahl der Räume
 - Baujahr, Ausstattung und Art der Nutzung
- Wohnungen und leerstehende Wohnungen in Wohngebäuden nach Baujahr sowie Grund und Dauer des Leerstehens
- Wohnungen in Wohngebäuden nach Baujahr, Bauweise, Erhaltungszustand und Abwasserentsorgung des Gebäudes

12,— DM

Heft 4: Sachgebietstabellen (Endgültiges Ergebnis)

Das Heft enthält auf 84 Seiten Angaben zur Struktur der Gebäude sowie Wohneinheiten/Wohnungen im Land Brandenburg im September 1995.

11,— DM

Gemeindetabellen

Jedes Heft enthält für die Gemeinden eines Kreises die Angaben zur Struktur der Gebäude sowie Wohneinheiten/Wohnungen.

Heft 5: Kreisfreie Städte
Heft 6: Barnim
Heft 7: Dahme-Spreewald
Heft 8: Elbe-Elster
Heft 9: Havelland
Heft 10: Märkisch-Oderland
Heft 11: Oberhavel
Heft 12: Oberspreewald-Lausitz

Heft 13: Oder-Spree
Heft 14: Ostprignitz-Ruppin
Heft 15: Potsdam-Mittelmark
Heft 16: Prignitz
Heft 17: Spree-Neiße
Heft 18: Teltow-Fläming
Heft 19: Uckermark

Beiträge zur Statistik Brandenburgs

Heft 7: Privathaushalte und Familien in den Jahren 1991 bis 1995

6,— DM

Kreiszahlen

Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland

25,— DM

Diese Veröffentlichung ist ein gemeinschaftliches Produkt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder.

Diese Broschüre umfaßt 192 Seiten sowie eine Kreisgrenzenkarte der Bundesrepublik Deutschland.

Sie enthält für alle Landkreise und Kreisfreien Städte in Deutschland die wichtigsten Daten i.a. aus dem Jahr 1994 über:

- | | |
|---|-----------------------------------|
| – Flächen | – Bautätigkeit und Wohnungswesen |
| – Bevölkerungsstand | – Tourismus |
| – Bevölkerungsbewegung | – Kfz-Bestand und Verkehrsunfälle |
| – Gesundheitswesen | – Bruttowertschöpfung |
| – Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit | – Bundestagswahl |
| – Landwirtschaft | |
| – Industrie | |

Statistische Berichte

- A I 1 – m 06/96 Bevölkerungsstand im Land Brandenburg, Juni 1996 (2,50 DM)
- A I 2 – hj 1/96 Bevölkerung der Gemeinden, 30.06. 1996 (7,50 DM)
- A III 1 – m 05/96 Wanderungen im Land Brandenburg, Mai 1996; Vorläufige Ergebnisse (2,50 DM)
- A IV 3 – vj 2/96 Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen im Land Brandenburg 2. Vierteljahr 1996 (3,00 DM)
- B III 1 – hj 1/96 Studierende an Hochschulen im Land Brandenburg, Sommersemester 1996 (7,00 DM)
- E I 1 – m 09/96 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Land Brandenburg, September 1996 (Beschäftigte und Umsatz der Betriebe und Unternehmen) (7,50 DM)
- E I 2 – m 09/96 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im Land Brandenburg, September 1996 (Produktionsindex) (3,50 DM)
- E/HWZ 1995-2 Handwerkszählung 1995 im Land Brandenburg, Teil 2: Strukturdaten (14,00 DM)
- F II 1 – m 08/96 Baugenehmigungen und Baufertigstellungen im Land Brandenburg August 1996 (5,00 DM)
- G III 1 – m 06/96 Aus- und Einfuhr des Landes Brandenburg Juni 1996; Vorläufige Ergebnisse (5,50 DM)
- G III 3 – m 06/96 Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Land Brandenburg, August 1996 (5,50 DM)
- G IV 1 – m 08/96
- H I 1 – m 07/96 Straßenverkehrsunfälle im Land Brandenburg, Juli 1996 (5,50 DM)
- H II 1 – m 07/96 Binnenschifffahrt im Land Brandenburg, Juli 1996 (5,50 DM)
- K I 1 – j/95 Sozialhilfe im Land Brandenburg 1995, Teil 1: Ausgaben und Einnahmen (5,00 DM)
- K I 9 – j/95 Leistungen an Asylbewerber im Land Brandenburg 1995, Teil 1: Ausgaben und Einnahmen (4,00 DM)
- M I 2 – m 10/96 Preisindex für die Lebenshaltung im Land Brandenburg, Oktober 1996 (5,00 DM)
- N I 1 – vj 3/96 Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel im Land Brandenburg (6,00 DM)